Basel, den 9. November 1929 XXIX. Jahrgang / No. 45

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Nach dem Basler A. C. V.-Streik — Spaltung? — Zum Streik im A. C. V. beider Basel. — Mehr Verantwortungsgefühl. — Es ist nicht wahr! — Warum es so kommen musste. — Wie gekämpft wurde. — Die Baselstädtische Sozialdemokratie und der Streik im A. C. V. beider Basel. — Eine Rechtfertigung. — Reklame. — Sehr einfach. — Volkswirtschaft. — Kreiskonferenzen. — Aus unserer Bewegung. — Schuh-Coop. — Schweizerische Volksfürsorge. — Film- und Vortrags-Zentrale. — Verbandsnachrichten. — Mitteilungen der Redaktion. — Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Nach dem Basler A. C. V.-Streik.

In der letzten Nummer des «Schweiz. Konsum-Verein» gaben wir vorerst eine aktengemässe Darstellung über die Ursachen, den Ausbruch, Verlauf und die Schlichtung des Streiks.

An diese Darstellung schlossen wir eine Wertung des Streiks und seiner Folgen an, die wir einer Einsendung des Presseausschusses der bürgerlichen Mitglieder des A. C. V. entnommen haben.

Es wird unsere Leser jedoch auch interessieren, zu vernehmen, was anderwärts über diesen Streik gedacht, gesagt und geschrieben wird.

Wir lassen deshalb heute noch weitere Pressestimmen [1]) folgen und veröffentlichen im ferneren einige Einsendungen, die wir aus den Kreisen von Vorstandsmitgliedern und Verwaltungen unserer Verbandsvereine erhalten haben.

1. Die «Basler Arbeiter-Zeitung» äusserte sich am 30. Oktober unter dem Titel «Was nun nötig ist» wie folgt:

Der Kampf im A. C. V. ist beendigt. Heute morgen ist die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen worden. Der Schiedsspruch der privaten Einigungskommission, dem beide Parteien im voraus zustimmten, ist die Bestätigung der Niederlage Schärs und seiner bürgerlichen Mehrheit.

Wir hätten allen Anlass zu triumphieren, denn von uns ist die brutale und anmassende Machtpolitik der bürgerlichen Mehrheit, die nun zu einem so kläglichen Resultat führte, mit Entschiedenheit bekämpft worden. Erinnern wir nur an die Aufnahme der von den sozialdemokratischen Genossenschaftsräten eingebrachten Motion über die Schaffung eines Arbeits- und Sozialamtes. Mit einer nicht mehr zu steigernden Feindseligkeit trat uns Herr Angst auf die bürgerliche Gruppe gestützt entgegen.

So war es in allen Fällen! Jede Rücksicht auf die Minderheit in den Behörden wurde fallen gelassen. Der Hass gegen die Sozialdemokraten feierte wahre Orgien. Provokatorisch, ungenossenschaftlich wurde die Revision der Arbeitsverhältnisse zuungunsten des Personals angekündigt und die Tarifverträge aufgehoben. Man denke auch an die Art, wie die Wahl des Genossen Roulet in den Aufsichtsrat des V. S. K. verhindert und an seine Stelle eine so dustere Persönlichkeit wie Zgraggen gewählt wurde.

Aber nicht nur das! Auch in andern Fällen wurde von den Herren, die sonst immer im Namen der Mitglieder sprechen, deren Interessen verletzt und ihre Rechte missachtet. Da ist die schwächliche Haltung in der Zollfrage! Anderseits kam den Genossenschaftern immer mehr zum Bewusstsein, dass der A. C. V. nicht so vorbildlich wirtschafte, wie behauptet wird und notwendig wäre. Angesichts der diversen Affären ging manchem ein Seifensieder auf.

Misstrauen und Erbitterung sammelten sich in den letzten Jahren an. Die verantwortlichen Leute wollten das nicht erkennen. Der Genossenschaft wohlwollende Kritiker wurden als Feinde des A. C. V. hingestellt. Nach unten war man brutal und kleinlich, während die oberen Kreise in allem sehr nachsichtig beurteilt wurden. Diese Missstimmung löste sich nun im Kampfe des Fuhrpersonals. Ihm flossen die Sympathien zu, die Verwaltung vereinsamte und Dr. Schär wurde als Schädling verflucht.

Vollends machte sich die Leitung des A. C. V. verhasst, als sie wie ein privatwirtschaftlicher Scharfmacher die Hilfe der Polizei in Anspruch nahm und widerliche Szenen heraufbeschwor. Die Läden verödeten, die Privathändler lachten, auf die Hauptkasse erfolgte ein Ansturm, da die Mitglieder ihr Geld abzuheben begannen. Ein grosser Schaden ist damit entstanden. Sollte er nicht ins Ungemessene steigen, musste eine Verständigung erfolgen.

Da setzte die ständige paritätische Kommission (Gewerkschaftsbund und V. S. K.) ein. Sie tat es in einer Weise, die Erfolg versprach. Unsere Leser sind über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten worden. Die Niederlage der Verwaltung und der bürgerlichen Mehrheit ist komplett. Die gleichen Leute, die den Tarifvertrag mit dem V. H. T. L. ablehnten und so den schweren Konflikt heraufbeschworen, mussten die Unterlagen des Schiedsspruches schaffen, der nun das äussere und materielle Zeichen ihres schweren Fiaskos ist. Sie sind darum auch erledigt!

[1]) Unwesentliche Stellen in den Pressekommentaren haben wir gestrichen. *Die Red.*

Nach dem demagogischen Schlusswort Dr. Schärs an der letzten Genossenschaftsratssitzung wäre der Streik und seine Folgen eine Episode, die keine Weiterungen hat. Das ist ein grosser Irrtum! Auch ohne kommunistische Initiative müsste eine Aenderung der Verhältnisse herbeigeführt werden, um die eingetretenen materiellen und ideellen Schäden gutmachen zu können. Die gegenwärtige Leitung und ihre bürgerliche Mehrheit haben jedes Vertrauen verloren. Mit den Hetzsprüchen bürgerlicher Zeitungen ist es darum wirklich nicht getan.

Dr. Schär bestreitet dem A. C. V. die Eigenschaft, ein proletarischer Konsumverein zu sein. Er sei eine allgemeine und neutrale Genossenschaft. Der Mann vergisst, dass von den Erwerbstätigen Basels drei Viertel um Lohn [1]) arbeiten. Das trat im Kampfe deutlich in Erscheinung. Die Solidarität ist eben doch ein realer Faktor!

Was nun? Es muss alles getan werden, um den Schaden wieder gut zu machen! Die Mitglieder, die man mit Streikbrecherarbeit aus den Läden vertrieb, müssen zurückgewonnen werden. Die Genossenschaft und ihr schöner Inhalt dürfen nicht dauernd leiden, zur Freude und zum Vorteil der Privatwirtschaft und zum Schaden der Arbeiter und Angestellten. Aber das geht nicht ohne weiteres. Der Streik und sein Erfolg ist der Ausfluss einer Vertrauenskrise.

Würde die bürgerliche Mehrheit auch nur über ein bisschen genossenschaftlichen Geist verfügen, dürfte sie nicht das Ergebnis der kommunistischen Abberufungsinitiative abwarten, sondern sie müsste freiwillig vom Schauplatz unrühmlicher Taten verschwinden. Damit hätten die Mitglieder Gelegenheit, ihre Meinung ungeschminkt zu sagen. Ein Festklammern an die Macht vergrössert nur den Schaden. Wie unbelehrbar Schär ist, geht aus seiner Aeusserung hervor, eine Verständigung werde wohl erzielt, aber der Friede sei noch in weitem Feld. Daraus spricht seine ganze Borniertheit. Er scheint nicht zu merken, dass ihm jeder Kredit verloren ging.

Auf diese Weise geht es sicher nicht! Sonst wird der A. C. V. weiter der Schauplatz erbitterter Kämpfe zum Schaden der genossenschaftlichen Idee und zum dauernden materiellen Nachteil. Darum mögen die derzeitigen Behörden ihre Mandate niederlegen, Dr. Schär möge verschwinden, wenn sie der Genossenschaft wohlgesinnt sind. Die Mitgliedschaft soll sich in Neuwahlen aussprechen und ihren Willen bekunden. Das ist schon deswegen nötig, weil der A. C. V. an Haupt und Gliedern eine Erneuerung erfahren muss, will er seine Aufgabe erfüllen. Mit kapitalistisch-scharfmacherischen Methoden geht das nicht, auch nicht mit Leuten und einer Behörde, die mit der Verantwortung für die Vorgänge der letzten Tage belastet sind. Darum heisst es abtreten!

Trotz dem schönen Erfolge und der offensichtlichen Billigung unserer Auffassung durch die Mitglieder triumphieren wir nicht. Wir bedauern nach wie vor, dass es so weit kommen musste. Die Mitglieder müssen darum der Genossenschaft die Treue halten. Sie dürfen den A. C. V. nicht entgelten lassen, was Leitung und bürgerliche Mehrheit sündigten. Auch nicht, wenn ihr Starrsinn zu neuen Kämpfen führen sollte.

* * *

2. Der kommunistische «Basler Vorwärts» brachte am 29. Oktober die folgende Streikbetrachtung:

Eine Niederlage der Reaktionäre.

Nachdem gestern Abend sowohl die Streikenden wie der Genossenschaftsrat beschlossen haben, einen Spruch der dreigliedrigen Schiedskommission als verbindlich anzuerkennen, wird im Laufe des heutigen Tages der Streik des Personals des Fuhrwesens abgebrochen werden. Nach den bisherigen Informationen wird die Forderung des Personals auf Rückkehr zur 48-Stundenwoche anerkannt. Massregelungen sollen keine vorgenommen werden. Alle Streikenden sind wieder einzustellen, eventuell bei ungenügender Arbeit mit reduzierter Arbeitszeit. Dieser Zustand soll bis zum 1. April 1930 dauern. Ueber die sofortige Entlassung aller Streikbrecher, und zwar vor Aufnahme der Arbeit durch das streikende Personal, bestehen noch Differenzen. Differenzen bestehen auch in der Frage der Lohnforderung. Ob in der Lohnfrage materiell für die Streikenden etwas heraus und wieviel herauskommt, steht noch nicht fest.

Wenn man den Ausgangspunkt des Konfliktes betrachtet, so ist eine Beilegung des Streiks unter Anerkennung der 48-Stundenwoche ein Teilerfolg des Personals und eine Niederlage der Verwaltungskommission und der bürgerlichen Mehrheit.

Die Frage der Arbeitszeitverlängerung

für die Fuhrleute war schon bei der Beratung des Dienst- und Gehaltsreglements eine der wichtigsten Streitfragen. Damals haben die Arbeiter dieses Betriebszweiges einstimmig ein Begehren eingereicht, in welchem sie die Verlängerung der Arbeitszeit ablehnten. Der Aufsichtsrat ist damals auf diese Forderungen überhaupt nicht eingetreten. Vier Tage vor dem Streik lagen die Forderungen des Fuhrwesenpersonals dem Aufsichtsrat vor und wiederum wurden diese Forderungen ohne Diskussion abgelehnt. Durch dieses brüske Verhalten der Schär und Angst ist der Streik von diesen geradezu provoziert worden. Wenn man sich vorstellt, welch ungeheuerlicher Schaden die Verwaltungskommission und die bürgerliche Mehrheit der Genossenschaft zugefügt haben, dann erkennt man erst die unverantwortliche Handlungsweise dieser reaktionären Sippschaft. Die Forderungen der Fuhrleute stehen in keinem Verhältnis zu demjenigen, was durch die verantwortlichen Führer des A. C. V. an genossenschaftlichem Vermögen in diesen Tagen verschleudert worden ist.

Was jetzt in der Frage der Arbeitszeit bewilligt worden ist, ist genau dasselbe, was die Fuhrleute und Chauffeure bei der Beratung des Dienst- und Gehaltreglementes gefordert haben, genau dasselbe, was die H. T. L.-Union (Kommun.) im letzten Frühjahr als letzte Konzession ihrerseits umschrieb und was das Personal des Fuhrwesens auch vor dem Streik als Forderung aufgestellt hat. Wären die Schär, Angst und Zgraggen nicht unverantwortliche und genossenschaftsfeindliche Büffel, dann hätte der Streik durch die Bewilligung dieser so durchaus gerechtfertigten Forderungen vermieden werden können. Sie wollten aber das Personal auf die Knie zwingen und haben durch ihren Machtdünkel die Arbeiterschaft gezwungen, zu den schärfsten Kampfmitteln zu greifen. Jetzt, wo infolge

[1]) Herr Nationalrat F. Schneider, der Verfasser obigen Artikels, vergisst seinerseits, dass noch lange nicht alle Lohnbezüger (Arbeiter und Angestellte) auf den Klassenkampf eingeschworen sind, und dass alle *diese* Lohnempfänger einen *neutralen* und *allgemeinen* Consumverein wollen. *Die Red.*

dieses niederträchtigen Verhaltens der Schär und Angst der Genossenschaft gewaltige Schäden entstanden sind, da mussten sie kapitulieren und sich bereit erklären, unter dem Drucke der breiten Massen der Konsumenten und der kämpfenden Arbeiterschaft die Forderung zu bewilligen, die sie bis dahin strikte ablehnten.

Dass diese Reaktionäre zu dieser Kapitulation gezwungen werden konnten, ist zunächst darauf zurückzuführen, dass sich das Personal im Betrieb ohne Unterschied seiner gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit und seiner politischen Einstellung einmütig zum Kampfe entschloss und diesen auch einheitlich und gut diszipliniert durchgeführt hat. Nicht minder wichtig ist aber das Verhalten der breiten Massen der Arbeiterkonsumenten.

Die Art und Weise, wie in diesem Streik

die Konsumenten, die grosse Masse der Hausfrauen

reagiert hat, war ein derartiger Schlag in das Gesicht der Leitung des A. C. V., wie diese nie damit gerechnet hat. Alle Appelle an den Egoismus, alle Hinweise, dass das A. C. V.-Personal besser entlöhnt werde, waren vollkommen wirkungslos. Dem gegenüber hat der Appell zur Solidarität einen derart grandiosen Widerhall gefunden, wie ihn selbst die grössten Optimisten in unseren Reihen nicht erwartet haben. Die Verwaltung versuchte durch Streikbrecher und Polizei die Waren in die Läden zu bringen, was ihr zu einem kleineren Teil gelungen ist. Sie hatte aber keine Zwangsmittel, um die Hausfrauen zu veranlassen, diese Waren zu beziehen. Viele tausende Liter Milch sind in den Läden zugrunde gegangen, weil die Hausfrauen der Parole der Solidarität gefolgt sind. Uns sind eine ganze Reihe von Fällen bekannt, wo nicht ein halbes Prozent jenes Quantums Milch, das in den Läden war, verkauft werden konnte. Diese mustergültige Solidaritätsaktion hat die unverantwortlichen Führer der Genossenschaft zum Nachgeben gezwungen.

Wenn wir von einem Teilerfolg sprechen, so in dem Sinne, dass in diesem Kampfe, wo die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen zusammenstand, nicht nur in der Frage der Arbeitszeit, sondern auch in der Lohnfrage ein voller Erfolg für die Arbeiter hätte erreicht werden können und hätte erreicht werden müssen. Nachdem die Bewegung einen derartigen Umfang angenommen hat, wäre es richtig gewesen, auch für das übrige Arbeitspersonal etwas herauszuholen und schon in der Aktion selber einige unfähige und gleichzeitig arbeiterfeindliche Geschäftsführer an die frische Luft zu setzen.

Durch die Beendigung des Streiks ist selbstverständlich der Kampf um den A. C. V. nicht liquidiert, er wird auf anderem Gebiet und mit anderen Kampfmitteln fortgesetzt. Unter der jetzigen Leitung ist es unmöglich, dass die Arbeiterkonsumenten jemals wieder das Vertrauen zu der Genossenschaft gewinnen werden. Ihre Beseitigung ist die erste Voraussetzung, um die Genossenschaft vor einem Zusammenbruch zu retten. Darum gilt es jetzt über den Weg des Initiativbegehrens, der Abberufung des Genossenschaftsrates und der Neuwahl der Behörden, die Reorganisation durchzuführen. Diese Kampagne steht jetzt im Vordergrund. Die Kräfte müssen jetzt auf diesen Teil der Aufgaben verlegt werden.

* * *

3. Einer längeren Betrachtung im Züricher «Volksrecht» vom 31. Oktober unter dem Titel «Ein warnendes Exempel» entnehmen wir die folgenden sehr zu beachtenden Ausführungen:

Die Auslösung des Kampfes im Basler Allgemeinen Consumverein hätte sich nach unserer Ueberzeugung — die am letzten Samstag sehr nachdrücklich auch von berufener gewerkschaftlicher Seite in der vom Verband schweiz. Konsumvereine gemeinsam mit dem Schweiz. Gewerkschaftsbund eingesetzten paritätischen Kommission geäussert worden ist — vermeiden lassen, wenn diese paritätische Kommission von den beiden Parteien als letzte Vermittlungsinstanz hätte angerufen werden müssen. Daran fehlt es leider bis heute. Die paritätische Kommission ist — nicht zuletzt dank der Weigerung der genossenschaftlichen Kontrahenten — bisher gar nicht in der Lage gewesen, Arbeitskonflikte in Genossenschaften zu schlichten. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen kann die eine oder andere Seite sie zur Vermittlung anrufen, sie darf dann aber über einen Konflikt nur verhandeln, wenn beide Parteien einverstanden sind.

Aus dem jüngsten Basler Konflikte werden nun hoffentlich sowohl die Gewerkschaften als die Genossenschaften die Nutzanwendung ziehen, dass der paritätischen Kommission eine andere Rolle zu überbinden ist. Das kann dadurch geschehen, dass sowohl alle Konsumgenossenschaften wie alle in Betracht kommenden Gewerkschafts-Organisationen freiwillig ein Uebereinkommen schliessen, wonach in keiner Genossenschaft zu irgendwelchen Kampfmassnahmen geschritten werden darf, ehe nicht die paritätische Kommission als letzte Instanz zur Schlichtung des Konflikts angerufen worden ist.

Dadurch würden derartige Konflikte den oft genug unheilvollen Einflüssen des lokalen Milieus entzogen, könnte über die gegenseitigen Differenzen in rein sachlicher Weise gesprochen und schliesslich eine Verständigung gefunden werden. In einer Genossenschaft sollte es nie und unter keinen Umständen zu einer Arbeitsniederlegung kommen. Das setzt aber absoluten Verständigungswillen auf beiden Seiten voraus. Versailler «Friedens»verträge können nun einmal auf dem Boden der Genossenschaftsbewegung nicht abgeschlossen werden, mag die eine oder andere Seite sich augenblicklich auch noch so stark fühlen.

Der Basler A. C. V.-Konflikt hat dann freilich auch gezeigt, dass sich vielköpfige Aufsichtsräte und noch umfangreichere Genossenschaftsräte, in denen die politischen Parteien streng nach Fraktionen geschieden sind, die sich gegenseitig wochen- und monatelang wahre Redetourniere liefern, überaus schlecht für den Abschluss von Verträgen über Lohn- und Arbeitsbedingungen eignen. Unter den dortigen Verhältnissen musste das in Basel ja besonders folgenschwer in Erscheinung treten. Uns scheint daher, es müsste danach getrachtet werden, die entscheidenden Verhandlungen über derartige rein wirtschaftliche Fragen in eine andere Instanz zu verlegen. Es ist bekanntlich auch bei den privaten Unternehmungen, mit deren Konkurrenz die Genossenschaft zu rechnen hat, nicht üblich, dass über die Arbeitszeit, den Lohn und andere solche Fragen auf offenem Markte verhandelt wird, wobei naturgemäss die rhetorische und agitatorische Wirkung der Debatten eine weit grössere Rolle spielt als die sachliche Durchschlagskraft der Argumente.

* * *

4. Endlich publizieren wir noch einige Stellen aus einer Streikbetrachtung, die wir in den «Basler Nachrichten» vom 31. Oktober finden und die die momentan herrschende Stimmung weiter Konsumentenkreise auf dem Platze Basel wiedergibt. Wir lesen:

Der Streik ist vorüber; die Arbeit geht wieder ihren Gang, soweit sie überhaupt getan werden muss. Der Kampfeslust ist eine Stimmung gewichen, die schwer zu definieren ist. Als Sieger im Streit kann sich kaum eine Partei fühlen, denn allen hat er Wunden geschlagen: Das Durchhalten, von dem Verwaltung und Mehrheit des Genossenschaftsrates eine Entscheidung zu ihren Gunsten erhofften, ist nicht gelungen; den bestreikten Betrieben, insbesondere der Bäckerei und dem Milchgeschäft, droht schwerer Verlust durch den Abfall der Kundschaft und als Folge davon dem darin beschäftigten Personal reduzierte Arbeit und gekürzter Lohn; die entsprechende Rückwirkung auf den Umsatz der Warenlokale wird natürlich nicht ausbleiben; den Chauffeuren und Fuhrleuten winkt zwar eine Lohnzulage von 104 bezw. 78 Fr. im Jahr, allein sie können dieses Erfolges nicht froh werden angesichts der Tatsache, dass sich ihre Speditionen verringern und ihre Arbeitskollegen in den vom Kundschaftsverlust betroffenen Betrieben Erwerbseinbusse erleiden; die Konsumenten müssen ferner damit rechnen, dass ihnen eventuell die gewohnte Rückvergütung geschmälert wird. Wo man hinblickt, zeigt sich nichts als Schaden, und niemand weiss, welchen die Zukunft noch bringen kann. Die Leute, die eben noch den A. C. V. lahmlegen wollten, müssen nun bittend von Haus zu Haus gehen und die abgesprungenen Milchkunden wieder zu gewinnen trachten. Ob dies Erfolg hat, bleibt abzuwarten. Die Neigung, just denen wieder Verdienst zu geben, die die Mitglieder erst noch durch ihre Arbeitsniederlegung vom Einkauf im A. C. V. mit erlaubten und unerlaubten Mitteln abhalten wollten, ist seitens weiter Konsumentenkreise nicht mehr gross. Man möchte gerne einen zuverlässigeren Lieferanten für seine Lebensbedürfnisse haben.

Diese Stimmung ist begreiflich, aber sie kann nicht wegleitend sein für die Zukunft. Der A. C. V. sitzt tief verwurzelt in der Geschichte der letzten Jahrzehnte unseres Gemeinwesens. Sein Verschwinden oder seine allmähliche Degeneration würde natürlich von allen denen, die sich mit Genossenschaftswesen befassen und die grosse Bedeutung des A. C. V. als Typ einer allgemeinen Konsumgenossenschaft kennen, Kopfschütteln und Bedauern erwecken, und die 80 Prozent der Einwohner unserer Stadt, die sich bis jetzt im A. C. V. verproviantiert haben, können sich nicht entschliessen, den gewohnten Laden zu meiden. Schliesslich weiss man auch, welche gewaltigen Summen in dem Riesenapparat des A. C. V. investiert sind und dass nicht nur zirka 6 Millionen Reserven, stille und offene, im Verlaufe der Jahre geäufnet wurden, die preiszugeben ein volkswirtschaftlicher Verlust wäre. Den A. C. V. den roten Parteien allein zu überlassen, wäre sowieso eine unverzeihliche Kurzsichtigkeit; denn bis jetzt stand immer die Möglichkeit offen, Beschlüsse des Genossenschaftsrates, die über das Mass hinausgingen, auf dem Referendumsweg zu annullieren . . . .

Gleich wie die bürgerlichen Mitglieder von ihren Rechten gegenüber der einstigen roten Mehrheit des Genossenschaftsrates Gebrauch gemacht haben und Beschlüsse des roten Parlaments durch Abstimmung annullierten, so denken die Kommunisten etwas analoges zu tun, nur in viel aggressiverer Form: Sie wollen von § 20 der Statuten Gebrauch machen und den Genossenschaftsrat mit einer von ihnen gehassten bürgerlichen Mehrheit durch Abstimmung abberufen.

Ihre Initiative, die einer Zahl von 2000 Unterschriften bedarf, ist bekanntlich zustande gekommen. In der Abstimmung dürfte sie wahrscheinlich angenommen werden, da ihr die Sozialdemokraten bereits zugestimmt haben. Ob diese wohl bedacht haben, dass sie letztlich doch die Hauptleidtragenden sein werden; denn der neue Genossenschaftsrat dürfte ohne Zweifel noch mehr Kommunisten erhalten als der jetzige? Die Gefahr ist für sie gross, zwischen den beiden anderen Parteien eingeklemmt zu werden. Die Abstimmung über die kommunistische Abberufungsinitiative dürfte anfangs Dezember vor sich gehen und, falls sie angenommen wird, die Neuwahl des Genossenschaftsrates anfangs Februar.



Spaltung?

Wer offenen Auges seit einigen Jahren bestimmte Tendenzen in unserem Verband verfolgt hat, der muss gemerkt haben, dass von bestimmter Seite her immer wieder, teils geschickt verdeckt, teils mit brutaler Offenheit der Versuch gemacht wird, Politik in unsern V. S. K. hineinzutragen. Wenn diese Versuche nur von Leuten ausgingen denen Politik eine Sonntagsbeschäftigung ist, müsste man diese Tendenzen nicht gar so schwer nehmen und könnte ruhig abwarten bis sich diese Genossenschafter zu einer ruhigeren Betrachtung der Dinge bekehrt haben, seitdem aber unter diesen Genossenschaftern auch «zünftige» Politiker auftreten, wird die Sache anders und muss einmal ernsthaft ans Licht gerückt werden.

Nur der ganz einseitig Eingestellte kann über die Tatsache hinwegsehen, aus welch verschiedenartigen Gruppierungen unser Verband zusammengesetzt ist. Nur ihm ist es möglich, ein ähnliches Urteil zu fällen wie dasjenige, das mir vor kurzem aus einer grossen Stadt zu Ohren kam, wo sich ein Genossenschafter glattweg auf den Standpunkt stellte: Mögen die Bauern austreten, wenn es ihnen nicht mehr passt, unsere Politik mitzumachen. Der gute Mann übersieht offenbar, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung nur in den Städten einen kleineren Teil der Konsumgenossenschafter ausmacht, dagegen auf dem Lande einen ganz wesentlichen Bestandteil der Mitgliederlisten darstellt; er und seine Gesinnungsgenossen übersehen aber noch etwas anderes, nämlich dass zu Stadt und Land die Zeit längst vorüber ist, wo mehrheitlich die Arbeiterbevölkerung in den Läden der Konsumgenossenschaften ihre Einkäufe besorgten. Die genossenschaftliche Bewegung hat zufolge der ihr innewohnenden gesunden Idee auch auf die Gewerbetreibenden, auf die Angestellten aller Art und auf die Selbständigerwerbenden, sowie die Arbeitgeberklassen übergegriffen und sie ist unter der Landwirtschaft sehr stark verbreitet. Mit einem Wort: Die Konsumgenossenschaften sind heute Allgemeingut des Schweizervolkes geworden. Wer dies nicht erkennt, der ist lebhaft um seine Unwissenheit zu bedauern. Wer dies nicht erkennt, der hat noch

nie offenen Auges die Delegiertenversammlungen des V. S. K. besucht und hat noch nie gemerkt, dass gerade diese Delegiertenversammlungen zufolge ihrer Zusammensetzung sehr wertvolle Schlüsse auf die Genossenschaftsbewegung zulassen.

Es wäre ganz verkehrt, wenn die Erscheinungen, welche sich vor allem in den letzten Monaten gezeigt haben, nicht in aller Offenheit einmal besprochen würden. Offenbar muss ein ernstes Wort gesprochen werden, um die «in Politik machenden» Genossenschafter von der Gefährlichkeit ihres Tuns zu überzeugen. Es ist bekannt, dass der Lebensmittelverein Zürich ein geharnischtes Zirkular an den V. S. K. und an die grösseren Verbandsvereine gerichtet hat; es ist ferner bekannt, dass die Kreisversammlung VIII in ähnlichen Bahnen sich bewegte und daher ein ähnliches Schreiben an den V. S. K. absandte. Es wäre verkehrt, wenn man die Zeichen der Zeit im A. C. V. Basel nur nach ihrer äusseren Erscheinung betrachten und bewerten und über die tieferen Gründe hinwegsehen wollte.

Der nachdenkliche Beobachter wird erkennen, dass diese Zeichen, in Verbindung mit andern Beobachtungen an Delegiertenversammlungen, zeigen, dass eine sogenannte «radikale Richtung» sich bemerkbar macht, die unter allen Umständen die politische Neutralität unseres Verbandes aufgeben und sich aktiv in der Politik betätigen will. Diese Bestrebungen kommen offenbar darum zur Auswirkung, weil sich einiger Genossenschafter ein gewisser «Zahlenrausch» bemächtigt hat. Diese Genossenschafter stellen sich immer wieder vor Augen, welch mächtigen Haufen Leute im V. S. K. vereinigt sind. Sie stellen sich darum auf den Standpunkt, dass der Staat zittern müsse, wenn einmal diese Bataillone sich in Marsch setzen und «berechtigte Begehren» mit Nachdruck vertreten würden. Ganz offensichtlich übersehen diese Genossenschafter, dass ein erheblicher Teil der Mitglieder wohl Genossenschafter sind, aber nicht ihre politischen Genossen. Im Augenblick, wo die skizzierten Tendenzen sich mit Gewalt durchsetzen wollen, wird der ganze grosse Haufe sich spalten. Es wird sich automatisch ergeben, dass dann die Geister sich scheiden. Bis heute ist die grosse Genossenschaftsgemeinde zusammengehalten worden durch die Ideen, die in dem genossenschaftlichen Gedanken der Warenversorgung liegen. Will über dieses relativ einfache Programm hinausgegangen werden, will mit andern Worten Politik in die Genossenschaften getragen und wollen auf dem Umweg über die Genossenschaft bestimmte politische Ziele verfolgt werden, so wird mit einem Schlag die Scheidung folgen.

Besprechungen nach der Kreisversammlung des Kreises VIII haben mir diesen Gedankenweg bestätigt.

Ich finde den gleichen Gedankengang, nur nicht deutlich ausgedrückt, im Exposé der Nr. 44 des «Schweiz. Konsum-Vereins» über den Streik im A. C. V. Basel.

Dort wird nicht ganz klipp und klar, aber doch sehr leicht verständlich ungefähr folgender Gedankengang zum Ausdruck gebracht: Wenn die politischen Parteien in Basel es soweit bringen, dass die eine Richtung im A. C. V. vergewaltigt wird, dann ist die Zeit gekommen, wo der vergewaltigte Teil die Konsequenzen zieht und abrückt von jenen, die uns diese unwürdigen Szenen vorgespielt haben. Denn anders als unwürdig kann ein Streik in einer Genossenschaft schlechtweg nicht bezeichnet werden. Wenn dann noch solche Begleiterscheinungen hinzukommen wie in Basel, dann bedauert man es aufrichtig, dass es in einer derart gesunden Bewegung zu solch ungesunden Zuständen kommen konnte, und man verurteilt jene «Führer» aufs allerschärfste, die ihr Amt in dieser Weise missbrauchen. Unter allen Umständen und auf jeden Fall hätte diese geringe Aenderung in Bezahlung und Arbeitszeit des in Frage stehenden Personals auf andere und würdigere Weise erreicht werden können, wenn sie wirklich so notwendig war, worüber sich der Fernstehende kein Urteil bilden kann. In den Genossenschaften darf es nicht zu solchen Aktionen kommen, oder es ist dies das Zeichen, dass der gesunde Boden verlassen wurde und ganz unhaltbare Zustände sich einzuschleichen vermochten. Was müssen diese Zustände bewirken?

Stehen wir vor einer Spaltung oder wird die Mehrzahl der Arbeitnehmerkreise erkennen, wie ausserordentlich gefährlich dieses Spiel mit dem Feuer ist? Haben sich die Führer jener oben gezeichneten Bewegung auch schon einmal die Mühe genommen, nachzuforschen, welche grossen Kapitalien von jener Seite in den Konsumvereinen festgelegt wurden, die keine Verpolitisierung der Konsumvereine wünschen?

Haben sich jene Kreise auch schon einmal überlegt, dass, ohne jede Ausnahme, kein Arbeiter, der einige Franken beim Konsumverein zugut hat, irgend etwas tun wird, von dem er weiss, dass dieser Schritt seine sauer verdienten Sparbatzen gefährden wird? Ich behaupte nein! Hier wird ein Spiel getrieben, dessen Folgen diese Genossenschafter nicht zu überblicken vermögen, oder wenn sie sie überblicken können, dann haben sie den Wunsch, unsere Genossenschaft zu zertrümmern. Es kann aber recht leicht auch so herauskommen, dass wohl gewisse Genossenschaften bei diesem Spiel vernichtet werden, dass aber der gesunde Teil, den ich zurzeit noch für den weitaus grösseren Teil einschätze, scharf abrückt und seine eigenen Wege geht, die mit jenen Tendenzen nichts gemein haben.

Soll es zur Spaltung kommen um gewisser Leute willen?

Die Spaltung kann nie und nimmer eine Stärkung unserer Bewegung bedeuten, sie muss unbedingt eine Schwächung im Gefolge haben, auf jeden Fall aber täuschen sich die Führer jener Gruppe, die eine Politisierung wünscht, ganz gewaltig, wenn sie glauben, dass bei der Spaltung alle Arbeitnehmer geschlossen mit ihnen marschieren würden.

Es ist Zeit, dass wir Genossenschafter, die wir eine gedeihliche und friedliche Entwicklung des Genossenschaftswesens wünschen, aufstehen und den geschilderten Tendenzen entgegentreten. ***



Zum Streik im A. C. V. beider Basel.

Wir werden ersucht, das nachfolgende Schreiben zu publizieren:

In Nr. 44 Ihres Blattes vom 2. November wird unter dem Artikel «Streikdokumente, die für sich selbst sprechen» ein Schreiben der Frauenkommission angeführt, laut welchem dieselbe zum ausgebrochenen Streik Stellung nimmt.

«Sie verurteilt auf das entschiedenste die durch das Verhalten des Aufsichtsrates heraufbeschworene Gefahr eines Streikes, sowie die Einstellung von Streikbrechern mit der Zusicherung auf spätere An-

stellung, das bewirken sollte, dass die bisherigen Arbeiter auf den Winter brotlos gemacht würden.»

Dieser Artikel ist unterzeichnet «Die Teilnehmerinnen des genossenschaftlichen Arbeitsnachmittags: Die Präsidentin».

Wir haben mit Entrüstung erfahren, dass sich ein Teil der Frauenkommission soweit vergass, dass sie ihre genossenschaftlichen Pflichten ihren parteipolitischen Bestrebungen hintenan setzten und dadurch statt in den Konflikt versöhnend einzugreifen, denselben noch förderten. Dass sich noch einige Mitglieder dieser Kommission zum Streikpostenstehen hergaben, ist leider eine ganz traurige Tatsache. Die Leitung der Frauenkommission hat durch ihre, in diesem Streik den A. C. V. sehr schädigende Haltung jedes Vertrauen bei den noch objektiv denkenden Genossenschaftern verloren und wird dieselbe hoffentlich die nötigen Konsequenzen ziehen. Diejenigen Mitglieder der Frauenkommission, die an jenem Arbeitsnachmittag nicht anwesend waren, wussten überhaupt nichts von einem eventuellen Streik und erfuhren den Ausbruch desselben erst andern Tags; es war ihnen deshalb keine Gelegenheit geboten, in der Kommission hierüber eine Aussprache zu halten und Stellung zu nehmen. Auf alle Fälle hätten wir gegen eine solche Resolution Protest eingelegt, weil sie den genossenschaftlichen Grundsätzen und Zielen ganz zuwider ist. In den Flugblättern und gewissen Tageszeitungen stand absichtlich geschrieben, dass die Frauenkommission die Streikenden unterstütze, während doch an jenem Arbeitsnachmittag nur ein kleiner Teil der Mitglieder der Frauenkommission anwesend war, wo diese unheilvolle Resolution zustande kam. Man hat aus diesem, den A. C. V. sehr schädigenden Streik auch etwas gelernt und wird es Aufgabe der verantwortlichen Behörden sein, dahin zu wirken, dass Leute an die Spitze der Frauenkommission gewählt werden, die bei solchen Ereignissen den Mut und das Verantwortungsgefühl aufbringen, in erster Linie zur genossenschaftlichen Sache zu stehen, auch wenn sie mit dem Parteidiktat nicht übereinstimmt.

Einige bürgerliche Mitglieder der Frauenkommission des A. C. V. b. Basel.



Mehr Verantwortungsgefühl!

Der Streik im A. C. V. ist sicherlich nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz, ja vielleicht sogar im Ausland mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt worden. Indirekt ist ja auch das ganze Genossenschaftswesen an dieser Sache interessiert. Es wird auch nichts schaden, wenn Genossenschafter ausserhalb Basels ihre Meinung über den Streik kundgeben.

Ein Streik ist ein Kampfmittel. Kämpfen für eine gute und gerechte Sache ist schön, ist wertvoll. Die Kämpfe werden in recht verschiedener Art ausgekämpft. Unter allen Methoden von Wirtschaftskämpfen ist der Streik das radikalste Mittel, es ist nichts anderes als eine Art Kriegszustand, und bekannterweise sind die Menschen in diesem Stadium so überhitzt, dass die Empfindungen und das sachliche Denken sozusagen ausgeschaltet wird.

War der Streik angebracht, hatte er seine Berechtigung? so frägt sich jeder, der noch selbst zu denken imstande ist. Studiert man die Verhältnisse im A. C. V. betreffend Arbeitszeit und Löhne, so kommt man zu der Ueberzeugung, dass dieser sicher nicht gerechtfertigt war. Wird ja von der V. H. T. L.-Organisation selbst zugegeben, dass der Tarifvertrag des A. C. V. als einer der besten in Europa bezeichnet werden kann. Wenn wir in Betracht ziehen, dass Autobegleiter und Fuhrleute einen Lohn von Franken 4459.— bis 4771.— beziehen, darf er für ungelernte Arbeiter gewiss als anständig bezeichnet werden. Mancher Angestellte, der mit ordentlichen Risiken zu rechnen hat, würde noch gerne seine Arbeit mit der weniger verantwortlichen vertauschen. Es gibt noch manchen Verwalter auf dem Lande, der, trotzdem er länger als 51 Stunden arbeiten muss, nicht einmal auf Fr. 5000.— kommt. Die Begünstigungen durch die Invaliden- und Hinterlassenenversicherung, Ferien und im Krankheitsfalle sind auch etwas. Auch wir teilen die Auffassung, dass Genossenschaften in den Arbeitsbedingungen vorbildlich sein sollen. Wo diese hinter denen der Gegner zurückstehen, begreifen wir sehr gut, dass sich die Arbeiterschaft wehrt, solange es einer Genossenschaft möglich ist, den Verpflichtungen nachzukommen, ohne dass das Ganze darunter leiden muss. Mehr ausgeben als der Betrieb erlaubt, heisst allmählich Bankerott machen.

Wenn erklärt wird: «Würde dieser Streik nicht glücken, so müsste das als schlechtes Vorzeichen für die im Frühjahr 1930 zu erwartende grosse Bewegung des hiesigen Bau- und Holzarbeiterverbandes angesehen werden.... Aber ein Versagen dürfe es eben nicht geben, darum müsse man einfach die Verwaltungskommission davonjagen!» so wird man in der Ansicht bestärkt, dass es sich bei dem Streike nicht ausschliesslich um Forderungen der A. C. V.-Arbeiterschaft, sondern um Machtpolitik handelte.

Wir wissen, dass der Arbeiter im allgemeinen ganz vernünftig denkt, dass aber von den sogenannten Führern Unzufriedenheit, aufrührerische Gedanken und Ideen gesät werden. Jeder Arbeitervertreter, dem es tatsächlich um das Wohl der Arbeiter gelegen ist, der wird alles daran setzen, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Er wird aber nie Forderungen vertreten, die den Arbeitern den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Konsumgenossenschaften sind gemeinschaftliches Gut. Wir dürfen diese jedoch nicht als Versorgungsanstalten betrachten. Verlangen wir immer mehr, so werden wir bald an der Grenze des Unmöglichen anlangen. Gute Arbeitsbedingungen, billige und gute Ware grosse Rückvergütungen werden nicht möglich sein, wenn nicht geopfert werden will. Entweder muss für die Ware mehr verlangt werden, oder die Ueberschüsse wechseln mit Unterbilanzen. Ist die Genossenschaft nicht mehr leistungsfähig, so wird der Umsatz bis zur Liquidation zurückgehen. Die Arbeiter und Angestellten, die noch eine anständige Stelle hatten, werden genötigt sein, bei den privatkapitalistischen Ausbeutern, wie es immer heisst, zu weniger günstigen Bedingungen Arbeit anzunehmen. Die Auffassung jenes Basler Aufsichtsratsmitgliedes kommunistischer Richtung, der seinen Bedarf in Fleischwaren nicht in den Schlächtereien des A. C. V. eindecken kann, weil diese nach seiner Ansicht nicht leistungsfähig sei, beweist, dass bei diesen «Genossenschaftern» der Idealismus dort aufhört, wo der eigene Geldsäckel in Mitleidenschaft gezogen wird. Darum werden diese es auch hinnehmen müssen, wenn man gewissen Ideen ihrer eigenen Weltverbesserer etwas skeptisch gegenüber steht. Theorie und Praxis gehen eben bei vielen Menschen wesentlich auseinander. Würden die Scharfmacher in Basel mehr von dem Sinn und Geiste der Gründer unserer Genossenschaften beseelt

sein, so könnten sie einen Streik in der Genossenschaft nie befürworten, denn derselbe ist genau so unklug, wie wenn ein Arbeiter im Zorne das Arbeitsgeschirr zerschlägt.

Der grösste Teil unserer Genossenschafter wird darum nicht die Verwaltungskommission des A. C. V. für den Streik in unserer Schwestergenossenschaft in Basel verantwortlich machen. Wenn die Streikenden in einigen Teilen ihren Willen durchsetzen konnten, so beweist dies noch nicht, dass sie im Rechte waren. Jedenfalls war die Verwaltungskommission bestrebt, der Genossenschaft und der Genossenschaftssache zu dienen.

Sobald die Schärfsten in Basel zu etwas mehr Verantwortungsgefühl zurückkehren, werden wir Genossenschafter vom Lande den jeweiligen Voten der Kommunisten an den Delegiertenversammlungen des V. S. K. wieder mehr Vertrauen entgegenbringen. H. L.

Es ist nicht wahr!

Im «Aufbau», dem Dr. Gerwig dem Präsidenten der Einigungskommission im Konflikt des A. C. V. beider Basel sehr nahe steht, lesen wir folgendes:

«Durch ihre politische Zerrissenheit hat die Arbeiterschaft die Bürgerlichen mit dem verbitterten Oskar Schär und dem abgesägten Zgraggen an der Spitze zu einer Mehrheit im Genossenschaftsrat kommen lassen. Diese haben den Streik zur Notwendigkeit gemacht durch ihr reaktionäres Gebaren: sie wollten den Abschluss eines Tarifvertrages verhindern, obwohl ein Betrieb wie der A. C. V. gar nicht mehr ohne Tarifvertrag kann geleitet werden. (Von uns gesperrt. Die Red.) Parteipolitischer Engstirnigkeit haben sie den A. C. V. geopfert.»

Aehnliche Behauptungen und Ansichten werden auch in den Gewerkschaftsblättern und der übrigen Linkspresse immer wieder kolportiert.

Solche Nachrichten sind aber Fälschungen von Tatsachen.

Wir stellen fest:

1. Am 16. Januar 1929 kam zwischen der Verwaltung des A. C. V. und dem Zentralausschuss des gewerkschaftlich organisierten Personals des A. C. V. eine Vereinbarung zustande, die dann aber nicht vom Basler gewerkschaftlichen Zentralausschuss unterschrieben wurde, sondern unter Beifügung des Stempels: Zentralkomitee des Schweiz. V. H. T. L., von den Mitgliedern der Zentralleitung Max Wilhelm und Fischer.

Damit ist der Wille der verantwortlichen Leitung des A. C. V. es zum Abschluss eines Tarifvertrages kommen zu lassen klipp und klar dokumentiert.

2. Der Aufsichtsrat des A. C. V. hat am 30. August den definitiven Vertragsentwurf mit dem V. H. T. L. nicht abgelehnt, sondern lediglich zurückgewiesen mit dem sehr richtigen Bemerken, dass durch Weglassen der Vorschriften über den Leistungslohn — der anerkannt wurde, aber schamhaft in ein Sonderprotokoll verwiesen werden sollte — eine Täuschung anerkannt werde, die weder gerecht noch loyal wäre.

Nach dieser Zurückweisung, nicht Ablehnung des Vertrages gingen die Vertreter der Fuhrleute zum Angriff über, indem sie den Tarifvertragsentwurf, an den sie bereits durch das Zentralkomitee ihrer schweizerischen Gewerkschaft gebunden waren, zerrissen, und ganz neue Forderungen stellten, die dann zum Streik führen mussten.

Das sind die Tatsachen, die unzweideutig beweisen, dass weder Dr. O. Schär noch die bürgerliche Gruppe des Aufsichtsrates Tarifverträge verhindern wollten, nur sollten es ehrliche und offene Verträge sein.



Warum es so kommen musste.

Die Blicke aller leitenden Personen in Genossenschaftskreisen waren in der vergangenen Woche nach unserer grössten Genossenschaft, dem A. C. V. beider Basel gerichtet, der trotz seiner imposanten Grösse und wirtschaftlichen Macht ein Spielball der politischen Parteien, vorab der unter sich uneins gewordenen Linksparteien zu werden droht. Berechtigte Frage: Wird die Verwaltungskommission genügend Rückhalt bekommen, um der weitgehenden und ständig wachsenden Begehrlichkeit des Personals die Stirne bieten zu können? Heute war es das Fahrpersonal und vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft wird es eine andere Personalgruppe sein, die ihren Vorstoss auf ähnliche Weise unternehmen wird. Diejenigen Behördemitglieder, die noch etwas Verantwortungsgefühl haben und denen das allgemeine Interesse nicht gleichgültig sein kann, standen in der Mehrheit hinter der Verwaltungskommission. Leider aber vermochte dieser Mehrheitswille den Streik und den damit verbundenen Schaden nicht zu verhüten, obwohl objektiv denkende Genossenschafter in ähnlichen Fällen genau gleich gehandelt hätten, hätten handeln müssen. Um noch grösseren Schaden zu verhüten, zeigte die Behörde grossen Verständigungswillen.

Der Konflikt als solchen überrascht den aufmerksamen Beobachter der Entwicklung der Basler Verhältnisse nicht. Die Spaltung und Bekämpfung der Linksparteien unter sich musste früher oder später zu dem eben erlebten Konflikt führen. So erlebt man einen rein politischen Kampf auf dem Boden der Genossenschaft ausgefochten. Die Kraftprobe, — als solche wird der Streik nicht nur von Aussenstehenden, sondern noch viel mehr von den direkt Beteiligten taxiert — ist zum Schein zugunsten der Streikenden ausgefallen. Die von einem Teil der irregeführten Hausfrauen befolgte kommunistische Boykottparole dürfte in der Befolgung einzig dastehen, nicht aber in der Androhung, wurden doch schon auch andere Genossenschaften in oft leichtsinniger Weise damit bedroht. Für Genossenschaftsangestellte, die in jeder nur denkbaren Beziehung Anstellungsbedingungen haben, die ihresgleichen suchen, ist es ein Brandmal und muss als solches gestempelt werden. Auch wirft die Angelegenheit ein ganz bedenkliches Licht auf die genossenschaftliche Einstellung der Führer dieser irregeführten Arbeiter und Arbeiterinnen; irregeführt, weil sie doch in ihrer Mehrheit Reglement und Zusatzprotokolle genehmigt hatten.

Die Leitung des A. C. V. beider Basel hat gegenüber der verhetzenden Tätigkeit gewisser Elemente viel Geduld und Nachsicht gezeigt. Wenn man den kürzlich von Herrn Verwalter Schlatter im genossenschaftlichen Seminarkurs gehaltenen Vortrag über «Rationalisierung in den Konsumvereinen» in Betracht zieht und sich vor Augen hält, dass hier

Jahresabschlüsse von

Verein	Abschluss pro	Mitgliederzahl	Zahl der Läden	Warenumsatz		Warenbezug beim V. S. K.	Betriebskosten Vermittlungs- und Produktionskosten		Betriebsüberschuss	Verteilung des Betriebsüberschusses			
				Total	pro Mitglied		Total	in % zum Warenumsatz		Ausbezahlte Rückvergütung in Fr.	Ausbezahlte Rückvergütung %	Abschreibungen	Zuweisungen an diverse Reservefonds
Benken (St. G.)	31. 12. 28	62	1	34,344	554	16,660	3,341	9,7	[1]) 1,821	[1]) 1,680	[1]) 8 u. [1]) 6	—	—
Bennwil . . .	31. 12. 28	71	1	42,350	597	25,025	3,870	9,1	[1]) 2,496	[1]) 1,707	[1]) 8 u. [2]) 6	—	712
Brig	31. 12. 28	233	2	325,779	1,398	134,491	23,422	7,2	11,847	10,826	8	—	—
Büren a. A. . .	31. 12. 28	433	2	205,933	476	117,202	20,125	9,8	27,710	15,300	8	5,749	6,000
Disentis . . .	31. 12. 28	200	2	200,912	1,005	116,992	15,409	7,7	9,275	7,465	8	—	1,750
Ermatingen . .	31. 10. 28	202	2	166,921	826	117,655	18,668	11,2	[1]) 11,093	[1]) 9,850	[1]) 8 u. [2]) 5	1,300	1,000
Freidorf b. B., Siedelungsgen.	6. 1. 29	144	1	574,103	3,987	394,409	28,065	4,9	22,150	9,543	2	3,988	8,150
Frutigen . . .	31. 10. 28	[7]) 222	2	101,919	459	78,346	13,596	13,3	[1]) 6,738	[2]) 4,854	[2]) 6	1,884	—
Giswil	31. 10. 28	46	1	64,538	1,403	49,860	6,511	10,1	[1]) 3,803	[2]) 3,624	[2]) 6	[4]) —	—
Glarus	31. 12. 28	1,004	5	982,174	978	515,899	77,099	7,8	78,721	76,098	13 u. 9	[4]) —	224
Grafstal-Lindau	31. 12. 28	189	2	197,884	1,047	124,024	16,629	8,4	12,245	12,245	8 u. 5	[4]) —	[4]) —
Ingenbohl . .	31. 10. 28	176	2	105,375	599	51,733	13,254	12,5	6,278	5,379	7	[4]) —	—
Lenzburg, Bäckerei .	31. 12. 28	[5]) 8	—	312,272	—	274,955	26,041	8,3	1,083	—	—	—	[4]) —
Meilen . . .	31. 12. 28	181	2	166,315	919	103,438	21,346	12,8	11,913	9,000	7	1,115	[3]) 1,000
Mümliswil . .	5. 1. 29	274	1	203,594	743	160,273	17,829	8,8	[1]) 12,339	[1]) 9,100	[1]) 7	—	2,400
Münchenbuchsee . .	31. 12. 28	317	1	205,541	648	138,203	22,368	10,9	14,161	13,700	8 u. 4	—	[4]) —
Neuenegg . .	31. 12. 28	269	2	223,963	833	115,156	21,776	9,7	18,474	14,228	8	2,200	2,000
Oberkempten .	31. 12. 28	106	1	116,427	1,098	39,102	9,716	8,3	14,627	9,889	11 u. 5	—	1,200
Oberkemptthal	31. 12. 28	26	1	35,342	1,359	18,331	3,563	10,1	2,774	2,548	10, 6 u. 4	—	100
Oltingen . . .	31. 12. 28	87	1	63,032	725	40,686	4,031	6,4	7,357	5,188	10	—	2,000
Ormalingen . .	30. 9. 28	210	1	112,648	536	81,810	8,305	7,4	10,022	8,000	8	—	2,000
Reichenbach .	[6]) 31. 7. 28	94	2	75,879	807	110,920	9,771	12,9	—	—	—	—	—
Rünenberg . .	30. 9. 28	167	2	163,849	981	98,769	13,765	8,4	9,945	8,384	8	[4]) —	995
Safenwil . . .	30. 11. 28	437	2	368,106	842	249,832	17,949	4,9	35,989	28,324	9½	[4]) —	7,200
Sedrun . . .	9. 1. 29	52	2	140,366	2,699	79,062	8,278	5,9	5,640	1,979	4 u. 3	—	1,500
Tamins . . .	31. 12. 28	107	1	110,656	1,034	68,038	8,391	7,6	7,783	5,583	8	[4]) —	2,000
Unterentfelden	31. 12. 28	144	1	97,000	674	52,512	8,072	8,3	9,271	6,318	8 u. 4	1,978	974
Uster . : . .	31. 12. 28	573	7	752,586	1,313	511,502	99,472	13,2	43,264	43,200	8	[4]) —	—
Wohlen (Aarg.)	30. 9. 28	218	2	102,114	468	52,663	10,985	10,8	[1]) 5,717	[1]) 5,167	[1]) 9 u. [2]) 6	[4]) —	550
Würenlos . .	30. 9. 28	130	1	118,748	913	80,157	10,468	8,8	10,205	9,507	10 u. 8	—	—

[1]) Sparrabatt inbegriffen. [2]) Sparrabatt. [3]) Teilweise vor Ermittlung des Reinüberschusses vorgenommen. [4]) Vor Ermittlung des Reinüberschusses vorgenommen. [5]) Kollektivmitglieder. [6]) 10 Monate. [7]) Bezüger.

ein Mitglied der kommunistischen Partei gesprochen hat, so muss man sich fragen, ob die Scharfmacher im Basler Konflikt sich auch bewusst sind, was eine Genossenschaft ist und was eine solche zu ertragen vermag. Hier wurde nicht Privatkapital sondern Allgemeingut geschädigt, und zwar von denjenigen, die sich als seine berufenen Hüter aufspielen. Es zeigt die unverantwortliche, in ihrem Wesen alles zerstörende Hetze dieser Elemente, dass ihnen der Appetit mit dem Essen kommt und es jammerschade wäre, würde eine Genossenschaft solchen Leuten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein. Eines aber ist sicher, nach der heutigen Einstellung ihrer Kollegen in Russland, gäbe es bei gleichen Machinationen im Osten als Antwort sicher nur «das Standrecht». Bei uns in der Schweiz ist es solchen Scharfmachern möglich, aufgeklärt sein wollendes Genossenschaftspersonal in einen Streik zu hetzen, aus dem dann das von ihnen so hochgehaltene Allgemeingut grossen Schaden erleidet. Deutlich zeigt uns der Konflikt, dass solche Bewegungen ein politisches Hinterspiel haben, es ist auch zugegeben worden. Es ist nur zu wünschen, dass die Konsumenten im A. C. V. beider Basel in der Gesamtheit auf die kommunistische Boykottparole und den Konflikt im allgemeinen die richtige Antwort finden werden. Den Leitern der Genossenschaft ist zu wünschen, dass sie es fertig bringen, den A. C. V. beider Basel, dessen Mitgliedschaft sich aus allen Bevölkerungskreisen rekrutiert, nicht zum Tummelplatz und Spielball der politischen Parteien werden zu lassen. Sie können der Sympathie des weitaus grössten Teiles der schweizerischen organisierten Konsumenten sicher sein. L.



Wie gekämpft wurde.

Wir haben in der vorhergehenden Nummer bereits einige «Dokumente, die für sich selbst sprechen,» publiziert. Heute folgen noch einige weitere, die dartun sollen, wie man die unreife Jugend in wirtschaftlichen Kämpfen in Schule und Haus missbraucht und verführt.

Vor den Schulen Basels wurde von kommunistischen Sendlingen folgendes Flugblatt verteilt:

«Im Konsum streiken die Fuhrleute und die Chauffeure, hört man überall erzählen. Für uns Arbeiterkinder ist dies etwas Neues. Trotzdem das Fahrpersonal die Arbeit niedergelegt hat, sieht man hie und da vor den Konsumläden Autos und Fuhrwerke von Streikbrechern geführt und von der Polizei begleitet. Diese Streikbrecher fallen den streikenden Arbeitern in den Rücken. Durch ihre Handlung erschweren sie den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit von 3 Stunden. Diese 3 Stunden Mehrarbeit werden nicht bezahlt und deshalb müssen wir Arbeiterkinder den Steikenden zu einem Erfolg verhelfen. Was können wir tun?

Verbandsvereinen.

Kasse	Bankguthaben u. Wertschriften	Warenvorräte	Debitoren	Beteiligungen	Liegenschaften	Mobilien Maschinen u. ä.	Waren- und Bankschulden	Spar- und Depositeneinlagen	Obligationen	Anteilscheine	Hypotheken	Reservefonds	Verein
1,020	—	4,173	246	500	—	1	3,771	—	—	260	—	—	Benken (St. G.)
1,684	—	10,412	3,104	400	—	1	5,692	—	—	—	—	9,433	Bennwil
4,642	34,578	23,327	5,395	3,451	—	1	17,619	8,137	4,200	13,184	—	21,000	Brig
431	9,355	33,644	90	34,797	92,099	2,740	—	73,444	—	8,344	25,368	49,726	Büren a. A.
5,995	40,007	28,207	—	800	—	1	—	35,079	—	6,000	—	27,917	Disentis
1,895	17,075	31,153	716	1,800	49,000	895	—	10,601	—	20,470	49,000	11,872	Ermatingen
2,196	67,087	28,786	813	22,250	—	3,501	18,641	—	—	18,670	—	65,625	Freidorf b. B., Siedelungsgen.
528	608	22,922	3,451	2,101	113,098	9,914	64,432	13,208	1,570	6,400	97,866	—	Frutigen
138	—	16,709	1,925	700	—	1,000	21,488	—	1,115	6,690	—	—	Giswil
10,347	107,321	76,976	—	7,025	137,000	1	—	46,691	—	25,775	110,000	104,847	Glarus
889	25,603	25,373	—	1,800	76,100	2,000	—	20,294	—	9,005	53,050	37,471	Grafstal-Lindau
3,543	—	41,100	6,540	2,000	—	1,713	31,890	15,481	—	11,222	—	—	Ingenbohl
1,469	26,918	8,040	454	2,200	1	1	—	—	—	16,000	—	21,500	Lenzburg, Bäckerei
1,764	448	50,449	8,000	1,800	78,000	4,915	32,920	23,751	12,750	4,139	45,000	16,000	Meilen
7,188	10,060	39,823	12,932	2,200	12,360	1	—	—	20,520	—	22,600	31,000	Mümliswil
6,581	243,327	10,584	2,916	9,100	55,000	1	181	144,225	24,150	13,678	28,130	99,985	Münchenbuchsee
609	102,144	28,400	—	2,200	126,500	3,443	—	146,039	—	9,030	59,833	31,000	Neuenegg
4,936	14,343	23,375	2,013	600	—	10	—	—	—	—	—	30,200	Oberkempten
173	—	4,587	8,465	—	—	—	—	4,201	—	260	—	6,100	Oberkemptthal
1,719	7,407	5,034	501	400	—	1	—	—	—	—	—	9,705	Oltingen
80	5,570	30,037	1,163	2,000	20,000	1	—	—	—	—	22,000	33,829	Ormalingen
3,173	—	10,300	2,242	800	42,727	5,538	22,027	13,806	2,900	6,136	28,000	—	Reichenbach
61	14,769	40,790	6,216	800	24,500	1	4,195	—	20,700	—	27,500	25,791	Rünenberg
4,574	108,904	20,500	2,955	4,800	38,000	1	—	43,168	—	7,683	26,848	70,181	Safenwil
3,199	13,631	24,869	56,954	400	—	1	—	76,710	—	2,410	—	16,011	Sedrun
2,395	61,285	13,718	4,197	850	24,441	1	—	77,418	—	5,185	—	18,500	Tamins
206	10,063	10,500	—	3,900	13,500	1	2,237	—	5,000	—	5,000	19,615	Unterentfelden
332	8,148	131,913	16,510	11,550	338,001	21,000	7,554	129,707	105,500	32,840	189,000	8,000	Uster
147	—	36,020	1,200	2,400	38,085	2,495	2,841	24,678	6,400	—	40,000	1,982	Wohlen (Aarg.)
2,736	19,090	18,129	4,431	1,700	32,660	700	747	22,994	—	5,317	30,982	9,200	Würenlos

Wir Pioniere sagen Euch, wie wir diesen Arbeitern helfen. Wenn wir für unsere Eltern Kommissionen machen müssen, so betritt kein Arbeiterkind einen A. C. V.-Laden. Auch unsere Eltern müssen wir aufklären, dass während des ganzen Streikes nichts im Konsum gekauft wird.

Waren, die von Streikbrechern spediert und von der Polizei begleitet werden, kauft kein Arbeiter.

Wenn Ihr Streikbrecher sieht, pfeifft sie aus und macht sie auf die niederträchtige Handlung aufmerksam. Gebt den streikenden Arbeitern die nötigen Angaben über diese Verräter, damit ihnen das traurige Handwerk gelegt werden kann.

Doch auch in der Schule hetzen die Lehrer gegen die Streikenden. Hier müssen wir Arbeiterkinder auf dem Damm sein und ihnen vor der ganzen Klasse den Standpunkt des Arbeiterkindes klar machen. Berichtet uns über all das, was Ihr hört und sieht und gebt die Aufsätze den Pionieren oder im Briefkasten der Bibliothek der K. P., Bläsithor, ab.

Am 6. November (Mittwoch) führt der Arbeiterkinderverband nachmittags 4—7 Uhr im Unionssaal des Volkhauses eine Veranstaltung durch, an welcher die Russland-Delegation des Arbeiterkinderverbandes ihren Bericht abgibt über ihre Eindrücke und Erlebnisse in Sovietrussland, verbunden mit Theaterszenen und Musik.

Jedes Arbeiterkind, kommt in den Unionssaal und bringt seine Eltern mit. Nun, noch ein Ruf an Euch: Hinein in den Arbeiterkinderverband!»

Am Kopf des Flugblattes befindet sich eine Karikatur, die darstellt, wie ein Polizist ein kommunistisches Lausbüblein verhaut.

Die Wirkung des Aufrufes war wirklich grossartig. Alle möglichen Flegeleien sind im Laufe der Streikwoche erfolgt und erhielten zum Teil ihren Niederschlag im «Basler Vorwärts». Hier einige Müsterchen:

Kinder im Kampf gegen Streikbrecher.

Am Lysbüchel verhöhnten wir die Streikbrecher. Ein Konsumfräulein telephonierte der Polizei, diese ging dann mit Gummiknüppeln gegen die Kinder vor. Das hat mir nur noch mehr gezeigt, wie gemein ein Streikbrecher handelt. *Max.*

Wir zogen zuerst vor den Konsum an der Klarastrasse. Von dort an die Rebgasse, da kam ein Streikbrecherauto mit zwei Polizisten. Einer von denen, die Milch abluden, frug den Polizisten: «Wie muess mer d'Sitewänd zämme mache?» Da haben wir sie ausgelacht und gerufen, dass Streikbrecherarbeit eine Schande ist. Als wir am Samstagnachmittag ins «Rebhaus» gingen, kam ein Streikbrecherauto mit fünf Polizisten. Wir riefen ein kräftiges «Pfui!» *Pionier x. x.*

Die Arbeiterkinder setzen ihre Hilfe ein.

In der Kochschule sollten ich und ein Mädchen ins Konsum gehen. Ich sprach, ich gehe jetzt nicht ins Konsum. Das Fräulein sagte, wenn viele Leute dort stehen, dann geht ihr halt in einen andern Laden. Es waren keine Leute da, aber wir gingen nicht hinein. Ich sagte: «Wo sollen wir jetzt die Milch holen?» Ein Konsumfräulein hörte es und sagte: «Wir haben auch Milch.» Ich rief: «Wir brauchen keine Milch vom A. C. V., solange die Schroter und Streikbrecher sie bringen.» Das Konsumfräulein sagte das unserer Lehrerin und die hat nachher mit uns geschumpfen, aber das war uns wurst. *Ein Arbeiterkind.*

Wahrhaftig eine niedliche Jugend!



Die Baselstädtische Sozialdemokratie und der Streik im A.C.V. beider Basel.

Eine sozialdemokratische Parteiversammlung nahm Stellung zum Streik im A. C. V. Wir zitieren aus einem Bericht der «Arbeiter-Zeitung» die folgenden interessanten Details:

«Genosse Recher fordert unter grossem Beifall der Versammlung den Ausschluss von Angst und Fautin aus der Partei. Darüber wird der betreffende Quartierverein zu entscheiden haben. Genosse Pascher berichtet Einzelheiten über das Verhalten von Angst und besonders von Fautin während des Konfliktes, was bei der Versammlung stürmische Pfuirufe auslöst.»

Folgende Resolution wurde einstimmig von der Parteiversammlung angenommen:

«Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Basel-Stadt schliesst sich den Beschlüssen der grossen Kundgebung von A. C. V.-Mitgliedern an, die Samstag, den 26. Oktober stattfand, und spricht ihre Genugtuung über den moralischen und materiellen *Erfolg* des Personals aus. Sie stellt fest, dass das nach dem die Genossenschaft schwer schädigenden Kampf besonders notwendige *Vertrauen* der Mitglieder in die gegenwärtige Leitung des A. C. V. vollständig geschwunden ist. Das Interesse der Genossenschaft erfordert daher den *Rücktritt* der verantwortlichen Personen und der Behörden, deren bürgerliche Mehrheit für alles in vollem Masse haftbar ist.

Die Parteiversammlung schliesst sich aus diesen Gründen dem Begehren um Abberufung des Genossenschaftsrates an. Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, um ihm Nachachtung zu verschaffen. In dieser Erwartung *fordert die sozialdemokratische Partei die Mitglieder des A. C. V. zur Treue gegenüber der Genossenschaft auf, damit nicht die Spekulationen der Privatwirtschaft in Erfüllung gehen.*»

Der Beschluss der sozialdemokratischen Partei Basel, die kommunistische Abberufungsinitiative zu unterstützen, wird von sozialistischer Seite verschieden beurteilt und kommentiert.

So schreibt z. B. Herr Heeb im Züricher «Volksrecht» u. a.:

Zu vorstehender Meldung möchten wir in Ergänzung dessen, was im heutigen Leitartikel gesagt ist, bemerken, dass der Allgemeine Consumverein beider Basel nach der schweren Erschütterung, die der Streik verursacht hat, doch wohl zunächst etwas anderes nötiger hätte, als eine breit angelegte politische Aktion, die abermals und auf lange Zeit hinaus alle Leidenschaften entfesseln muss und dem Geschäft, das der A. C. V. schliesslich doch ist, nichts weniger als nützlich sein kann.

Dass insbesondere die von den Kommunisten angezettelte Aktion zur Abberufung des Genossenschaftsrates samt alledem, was in obiger Meldung seitens der Sozialdemokraten angekündigt ist, dem Allgemeinen Consumverein beider Basel dienlich sei, wagen wir zu bezweifeln. Den Schaden werden schliesslich von solchem Vorgehen am meisten gerade jene Kreise haben, denen anscheinend damit gedient werden soll. In wirtschaftlichen Unternehmungen, die auf das Vertrauen und die Unterstützung der gesamten Bevölkerung angewiesen sind, müssen solche Abberufungsbegehren sehr fatale Folgen haben.

Unsere Basler Partei hat doch wohl in der Vergangenheit zur Genüge erfahren, wohin politische Aktionen führen, die von den Kommunisten inspiriert und dirigiert werden. Den Kommunisten selbst kommt es in diesem Fall lediglich auf den Lärm, die agitatorische Wirkung an; sie führen bei günstiger Konjunktur einen solchen Radaufeldzug unbedenklich auch auf dem Rücken der Genossenschaft durch.

In einem längeren Artikel über den Streik drückt die Redaktion der «Solidarität» zum Initiativbegehren eine Meinung aus, die auch nicht eitel Freude daran bekundet, wenn sie schreibt:

«Die für den A. C. V. notwendige Beruhigung als Voraussetzung einer möglichst baldigen Ueberwindung der entstandenen Schäden scheint trotz der relativ raschen Beilegung des Konfliktes nicht eintreten zu können. Das eingeleitete Referendumsbegehren auf Abberufung des Genossenschaftsrates hat sich in kürzester Frist mit über 5000 Unterschriften durchgesetzt. Das will besagen, dass nun erst recht ein hemmungsloser politischer Kampf um die Vorherrschaft im A. C. V. einsetzt.»

Dass auch der «Basler Vorwärts» sich zum Worte meldet ist klar und verständlich. Er tut das folgendermassen (2. November 1929):

«Aber die zum A. C. V.-Streik erschienenen Kommentare zeigen, dass auch die Haltung der Sozialdemokraten immer mehr von der Angst vor den erwachenden Massen erfüllt ist. Dafür ist typisch, was das sozialdemokratische Zürcher «Volksrecht» zu unserer Initiative auf Abberufung des Genossenschaftsrates schreibt, und zwar im Anschluss an die Meldung, dass die Basler Sozialdemokraten diese Initiative unterstützen . . .

Es ist überaus bezeichnend, dass diese Ausführungen des Herrn Heeb (wie die schon gestern von uns zitierten) von der bürgerlichen Presse mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen werden. Diese Auffassung eines führenden sozialdemokratischen Genossenschafters unterscheidet sich ja auch wirklich in gar nichts von derjenigen der Schär, Jäggi, Angst usw. Die Herren Schneider und Cie. haben an der letzten sozialdemokratischen Parteiversammlung gegen die Angst, Fautin usw. losgezogen; aber als Herr Schneider schon vor einiger Zeit den ihn kompromittierenden Parteigenossen Angst aus der Partei herausdrängen wollte, da entgegnete ihm dieser mit einem gewissen Recht, dass seine, Angsts, Ansicht sicher von einem grössern Teil der schweizerischen Partei gedeckt werde als diejenige Schneiders — worauf jene Ausschlussaktion still versandete. Es kann auch diesmal wieder so ausgehen. — Herrn Heeb aber wäre zu erwidern: Die «breit angelegte politische Aktion», die ihm nicht gefällt, soll eben dazu dienen, die breiten proletarischen Massen wieder für aktive Mitarbeit in der Genossenschaft zu gewinnen. Das aber ist der grösste Greuel für einen richtiggehenden sozialdemokratischen Bonzen — weil er weiss, dass sein eigenes Verhalten in schärfstem Gegensatz zum Empfinden wie zu den Interessen der Arbeiter steht. Darum geniert ihn auch der «Lärm» den solche Kämpfe verursachen. In der Beziehung ist immerhin seine Partei Meister: sie hat beim eidgen. Besoldungsgesetz wie bei andern Gelegenheiten einen fürchterlichen Spektakel verursacht — um dann im entscheidenden Moment prompt umzufallen. Wir Kommunisten wollen eben, dass es über den «Lärm» hinaus zur Tat komme.»

* * *

Die «Arbeiter-Zeitung», das Blatt des Herrn Nationalrat Schneider, ist über die Einmischung des Züricher Genossen ungehalten; in einem Artikel « Zwischenspiele » vom 2. November schreibt er unter anderm:

«Wir glauben von der Zürcher Partei gehört zu haben, dass sie erst kürzlich einen Bezirksrichter ausschloss, der für sie eine Belastung gewesen ist. Er wird der Bewegung kaum so viel Schaden zugefügt haben, als von gewissen Parteimitgliedern im A. C. V. behauptet wird. Die Sozialdemokratie unserer Stadt wird sich das Recht von niemanden bestreiten lassen, die Dinge gründlich zu prüfen und die sich daraus ergebenden Beschlüsse zu fassen.

Aehnliches ist über den Beschluss zu sagen, die Initiative auf Abberufung des Genossenschaftsrates zu unterstützen. Unser Zürcher Parteiorgan mutet uns eine ganz unmögliche Rolle zu. In Basel ist man in der Arbeiterschaft über die für die Genossenschaft verhängnisvolle Wirkung der bürgerlichen Mehrheit durchaus einig. Ob Kommunist oder Sozialdemokrat: Im Interesse des A. C. V. muss der Herrschaft Dr. Schärs ein Ende gesetzt werden!

Nun liegt diese Initiative vor! Soll sie von der Partei abgelehnt werden, weil deren Urheber Kommunisten sind? Die Partei hat geprüft, ob sie statutengemäss und zweckmässig ist. Sie musste beides bejahen. Sie stimmte ihr deswegen zu, wie sie auch schon in ähnlichen Fällen Initiativen angenommen hat, die aus bürgerlichem Lager stammten. Wenn Stellung genommen werden muss, kann nur der sachliche Inhalt entscheidend sein. Dieser aber entspricht den Forderungen der A. C. V.-Mitglieder weit bis in die Reihen der bürgerlichen Genossenschafter hinein.

Wenn eine bürgerliche Behördemehrheit, wie die Dr. Schärs, einen solchen Kampf wie den Streik verbrecherisch l e i c h t f e r t i g — wir brauchen diese Bezeichnung im Bewusstsein ihrer vollen Tragweite — vom Zaune riss und die Genossenschaft so schwer schädigte, dann kann man es gewiss niemandem verübeln, wenn er ganze Arbeit machen will. Jedenfalls wäre es für die Sozialdemokratie verfehlt, das verhindern zu wollen. Die Rolle, die ihr das Zürcher Parteiblatt zumutet, läuft auf eine Rettungsaktion für das Regime Schär hinaus. Diese Zumutung aber weisen die Basler Sozialdemokraten und die Gewerkschafter mit Entrüstung zurück.

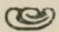
Den Kampf gegen Dr. Schärs Leute im A. C. V. hat unsere Partei selbständig geführt. Sie wird das auch in Zukunft so halten. Deswegen kann ihr die von den Kommunisten «geführte und dirigierte Aktion» nichts anhaben Mit ihnen haben wir keine Verbindung und wollen auch keine haben. Sie verlangen die Abberufung des Genossenschaftsrates, dessen bürgerliche Mehrheit für die Vorgänge der letzten Wochen verantwortlich ist. Damit sie hinweggefegt wird, fordern wir unsere Anhänger auf, in Massen für die Initiative zu stimmen.

Das ist die einzig mögliche und zweckmässige Haltung, die wir einnehmen können und wollen. Das nicht erst seit dem Streik, sondern schon früher schwindende Vertrauen kann nur nach einer gründlichen Reinigung der Atmosphäre wieder hergestellt werden, aber nicht unter einer Behördemehrheit, die mit kapitalistisch-scharfmacherischen Methoden arbeitet und die ihr an Stärke wenig nachstehende proletarische Minderheit auf allen Gebieten unterdrücken will. Das ist unsere Aufgabe, die aber nicht mit philosophischen Abhandlungen zu unrechter Zeit und an unrechtem Ort gelöst werden kann.

Ruhe gibt es im A. C. V. Basel nur, wenn die Aera Schär liquidiert ist. Das ist die Voraussetzung für alles andere.»

* * *

Es wird interessant sein, diesen Meinungsstreit innerhalb der sozialdemokratischen Partei weiter zu verfolgen. Auf alle Fälle steht fest, dass Herr Heeb mit seiner Meinung, die von wirtschaftlicher Einsicht zeugt, nicht allein steht.



Eine Rechtfertigung.

In der vorigen Nummer des «Schweiz. Konsumverein» wird die Stellungnahme der Frauenkommission in einer Art und Weise kritisiert, die zeigt dass der Schreiber sich in die Psychose (!) der Arbeiterfrau die zugleich noch Propagandistin der Genossenschaft ist, nicht hineindenken kann. Was hat die Frauenkommission des A. C. V. verbrochen, dass man sich einen solchen Ton erlauben kann. Nach wie vor um das Wohl unseres Konsumvereins bangend entstand aus der Mitte der Versammlung am Vorabend des verhängnisvollen Streikes, der Wunsch von unserer Seite aus einen Appell zu richten an die Verwaltungskommission um das Entsetzliche von unserer Genossenschaft abzuwenden. Wir sind nicht verstanden worden, unser Ruf verhallte ungehört, und es kam so wie es dann kommen musste. Was wir in den vielen Jahren emsiger Propagandaarbeit geholfen haben aufzubauen, war innert weniger Tage zertrümmert, trotzdem die Behörden es in der Hand gehabt hätten diesen Schlag zu verhindern. Was sich die Arbeiterschaft lange Zeit mit Mühe erkämpft hat, ist sie nicht gewillt ohne Kampf preiszugeben. Es ging in erster Linie um den Tarifvertrag für das gewerkschaftlich organisierte Personal es ging um die 48 Stundenwoche. Hätte man sich auf bürgerlicher Seite versöhnlicher gezeigt, nachdem das Personal bereits eine Reihe Verschlechterungen akzeptiert hatte, dann wäre der Konflikt nicht ausgebrochen, ein Sprichwort sagt «allzustark gespannt zerbricht der Bogen», das war nun auch hier der Fall.

Wer die ganze Vorgeschichte kennt, die mühseligen Verhandlungen des Aufsichtsrats, der kommt nicht darüber weg, dass auf Seiten dieser Behörde in ihrer Haltung dem Personal gegenüber der Explosivstoff geschaffen wurde. Darum richtete sich unser Appell auch an diese.

Im Weiteren wird die Frauenkommission angeschuldigt Streikposten gestanden zu sein, Exzesse verursacht zu haben. Dieser Vorwurf müssen wir unbedingt zurückweisen. Von keinerlei Seite wurde ein solcher Auftrag von der Frauenkommission erteilt. Was sich einzelne Mitglieder in diesem Kampf erlaubten, dafür kann die offizielle Kommission nicht verantwortlich gemacht werden. In unserer Vereinigung sind alle politischen Richtungen vertreten, sowohl wie auch Gewerkschaftszugehörigkeit, das hat für die Propaganda gewiss sein Gutes, weil dadurch eben die grosse Masse der Arbeiterschaft, die der Hauptbestandteil in jeder Genossenschaft bilden, erreicht werden kann. Bei Kämpfen aber wie der letzte hat sich gezeigt, dass man dann nicht nur als Genossenschafterin denkt, sondern in erster (!) Linie das Solidaritätsgefühl für die streikenden Arbeiter, das Klassenbewusstsein stärker ist (!). Die Partei, die Gewerkschaft hat gerufen, und die Parole wurde befolgt. (!! Die Red.) Es ist eine Naivität zu glauben, dass die Frauen an diesem Wirtschaftskrieg mit ver-

bundenen Augen vorbeigehen würden, ohne dazu ihre Meinung zu äussern, dass man dabei in der Hitze des Gefechts in der Auswahl der Mittel nicht immer eine glückliche Hand hat, hat sich hüben wie drüben gezeigt. Die Leitung unserer Frauenkommission verurteilt auf das Entschiedenste die Vorkommnisse die sich zugetragen haben, dieselben liegen nicht im Interesse unserer Sache, da aber wir nicht die Veranlassung dazu gaben, fühlt sie sich frei von aller Schuld und lehnt die Verantwortung von sich ab.

Für die zentrale Frauenkommission
des A. C. V. beider Basel: R. M.

Wir enthalten uns jeden Kommentars.



Reklame.

Viele Artikel verdanken die grosse Nachfrage teilweise der geschickten und eindrucksvollen Reklame. Ist der betreffende Artikel zugleich in Qualität gut oder praktisch und nicht allzu teuer, so wird die Nachfrage anhalten. Das einfachste für die Konsumgenossenschaft wäre also eine gewisse Nachahmung mit ähnlicher Reklame, wie dies teilweise äusserlich die Rabattvereine den Konsumvereinen gegenüber tun, verwenden unsere Gegner das Wort «Rückvergütung» doch recht gerne bei ihrer Reklame. — Das Prinzip der Konsumgenossenschaften ist ein wesentlich anderes als bei privaten Betrieben, schon daher, weil alles erübrigte Kapital im Geschäfte verbleibt und allen Mitgliedern gehört und weil die Konsumgenossenschaft dazu bestimmt ist, zu dienen und nicht zu verdienen. Eine weitere Reklame sollte daher eigentlich gar nicht notwendig sein, sondern diese Reklame sollte lediglich dahin gehen, dass die Bevölkerung über Zweck und Ziel der Konsumgenossenschaften aufgeklärt wird. Das ist noch heute für eine gute Entwicklung absolut notwendig. Die Filmvorführungen, wie diese jetzt vom V. S. K. jedem Vereine ermöglicht werden, werden dazu beitragen, dass unsere Mitglieder praktische Kenntnisse über die Konsumvereine erhalten und dies ist gut, wird doch manche Hausfrau und mancher Genossenschafter vermehrtes Zutrauen zu seiner Genossenschaft erhalten und mithelfen wollen, dass auch seine Genossenschaft vorwärts kommt. Mitgliederwerbung, gute Presse, gute Waren mit nicht übersetzten Preisen und Festhalten am Prinzip der Rückvergütung, das sind wohl die Hauptbedingungen für eine sichere Entwicklung der Konsumvereine. Daneben dürfte in der Praxis noch folgendes befolgt werden: Einigkeit in den leitenden Behörden und im Personal! Streike z. B. in einer Genossenschaft sind ein Unding und entspringen gewöhnlich mehr aus dem Machthunger heraus, als aus wirtschaftlichen Nöten. Dabei geziemt es sich natürlich, dass rechter Arbeit auch rechte Bezahlung folgen soll! —

Anfertigung von Klischés der Coop-Produkte für Inserate auch in der Tagespresse, eventuell durch gemeinsames Vorgehen der Kreisvereine. Inserate mit passendem Text für Saison- oder Spezialartikel können nur von Vorteil sein und machen auch Nichtmitglieder auf das Bestehen einer Konsumgenossenschaft aufmerksam. Eine Schablone wird auch den Zweck einer guten Reklame nie ganz erfüllen können, da die örtlichen Verhältnisse gerade in der Schweiz zu verschieden sind. —or.

Sehr einfach.

An der Kreiskonferenz VII des V. S. K. in Wald am 27. Oktober versuchte Herr Bickel (Komm.) den Baslerstreik in die Diskussion zu ziehen. Herr Prof. Frauchiger trat Bickel entgegen mit dem Bemerken «dass es nicht angeht, heute schon über eine Richtung oder über Personen den Stab brechen zu wollen. Man müsse zuerst die Akten genau prüfen, um ein Urteil fällen zu können. Die heutige Konferenz sei dazu nicht imstande.»

Daraufhin antwortete Herr Bickel — zitiert nach dem «Basler Vorwärts» vom 31. Oktober: «Die Arbeiter brauchen keine Akten zu prüfen, um ihre Stellung zum Konflikt in Basel beziehen zu können. Es handelt sich um den Versuch, bei einem Teil des im A. C. V. Basel beschäftigten Personals die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Auch dann, wenn die Arbeitsbedingungen im A. C. V. Basel bessere sind als in Privatbetrieben, so bedeutet dieses Vorgehen gleichwohl nichts anderes als das Signal für die Unternehmer in der Privatindustrie, ebenfalls ihre Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern.»

Es ist evident, dass Herr Bickel und seine Basler Freunde keine Akten studieren!



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die im vorigen Berichte ausgesprochene Meinung, dass dem ersten schwarzen Tage an der New-Yorker Börse noch weitere folgen würden, hat sich bald bewahrheitet. Dem schwarzen Donnerstag des 24. Oktober folgten in der folgenden Woche noch schwärzere Tage, die das Kursniveau der Börsenwerte um viele Milliarden senkten und Heulen und Zähneklappern unter den Spekulanten verbreiteten. Schon meldet man eine ganze Anzahl Selbstmorde und Bankbrüche aus den Vereinigten Staaten. Ein Spekulant wurde sogar vom Schlage gerührt, als er die seine Hoffnungen vernichtenden Kursberichte las. Den Amerikanern gehen die Börsenberichte noch anders auf die Nerven als den weniger geschäftstüchtigen Europäern.

Es ist allerdings begreiflich, dass solch ein finanzielles Erdbeben die Dinge in Amerika gründlich durcheinander werfen muss. Nach einer Zeitungsmeldung hat sich das durchschnittliche Kursniveau der wichtigsten amerikanischen Werte in wenigen Tagen von 270 auf 140 Prozent gesenkt. Das Trümmerfeld eines solchen Zusammenbruchs ist zu gross, als dass selbst Leute wie Ford, Rockefeller oder Hoover es mit beruhigenden Worten aufräumen könnten. Die Beteiligung an der Spekulation war viel zu gross, hatte auch die unteren Volksschichten zu stark ergriffen, als dass dieser Rückschlag schnell verwunden werden könnte.

Der New-Yorker Krach wiederholt die unliebsame Lehre, dass die Macht des erfolgreichen Beispiels noch immer grösser ist als alle Gründe der Vernunft und Erfahrung. Seit Jahren arbeiteten die amerikanischen Notenbanken gegen die Spekulation, seit Jahren konnte sich jeder Einsichtige an den Fingern abzählen, dass das Kursniveau heillos übersetzt war, dass früher oder später ein furchtbarer Rückschlag kommen musste, aber die Spekulation

blieb taub, blieb unbelehrbar gegenüber allen Warnungen, denn sie erlebte es täglich von neuem, dass die Kurse noch höher gingen, dass Tausende und Millionen mühelos verdient wurden und dieses Beispiel riss immer mehr Leute zur Beteiligung am Börsenspiel hin. Je mehr Mitläufer die Bewegung aber fand, dass heisst je mehr Käufer sich für die Papiere am Markte einstellten, desto mehr gingen die Kurse in die Höhe, bis sie schliesslich ausser jedem Verhältnis zur Rendite zu wahren Liebhaberpreisen wurden. Als dann der Wind endlich umschlug und die Losung: Rette sich wer kann! ausgegeben wurde, musste in wenigen Tagen das in Jahren errichtete Schwindelgebäude utopischer Hoffnungen zusammenstürzen.

Amerika ist um Milliarden ärmer geworden, sagen heute die Zeitungen. In Wahrheit ist es aber nur um eine Anzahl kapitalistischer Utopien ärmer geworden. Trotzdem wird aber auch die amerikanische Wirtschaft die Nachwirkungen der Enttäuschungen unangenehm in der Wirklichkeit verspüren. Auch zum Wirtschaften und Arbeiten gehört Phantasie und wenn die Phantasie flügellahm wird, kann die Wirtschaft nur mit Humpeln vorwärts kommen.

Die amerikanische Neigung zu waghalsiger Spekulation hatte in New-York die Dinge am meisten auf die Spitze getrieben und daher dort auch den stärksten und frühesten Rückschlag ausgelöst, doch war auch in Europa die gleiche Spekulation am Werke, hatte auch hier die Kurse an vielen Börsen weit über den berechtigten Stand getrieben und erlebte darum hier die gleichen Rückschläge. In Paris, Amsterdam, Stockholm kam es nach den Zeitungsmeldungen zu wahren Panikausbrüchen und wenn die deutschen und österreichischen Börsen von dem amerikanischen Wettersturz nicht so sehr mitgerissen wurden, so hatte dies seinen Grund darin, dass die rückläufige Bewegung bei ihnen schon vor Jahren begonnen hatte. Trotzdem hat sich die Stimmung der Börsen auch bei ihnen noch verschlechtert.

Eine gute Folge hat die New-Yorker Börsenkatastrophe für Europa allerdings gehabt, indem nämlich die meisten europäischen Notenbanken ihre Diskontsätze wieder um ein halbes Prozent ermässigen konnten, weil jetzt die Spekulation in Amerika keine europäischen Gelder mehr absorbiert. Ob diese Ermässigung des Diskonts genügt, um die Wirtschaft zu beleben, ist aber noch nicht so sicher. Es ist sehr wohl möglich, dass die internationale Börsenderoute die Unternehmungslust mehr schädigt, als eine bescheidene Diskontherabsetzung gut machen kann. Die heutige Lage hat viel Aehnlichkeit mit dem grossen Krach der siebziger Jahre, nur dass sich das Sturmzentrum heute von Mitteleuropa nach den Vereinigten Staaten verschoben hat. Auch damals dauerte es viele Jahre, bis die Wirkungen des Krachs völlig überwunden waren.

So lange nicht eine ganz bedeutende Senkung der Zinssätze für langfristige Gelder eintritt, können viele Industrien und vor allem das Baugewerbe den Stand der Vorkriegszeit niemals wieder erreichen. Eine Ermässigung der Zinssätze langfristiger Kredite lässt sich aber mit den Mitteln der Diskontopolitik nicht erzwingen. Das hat Deutschland erfahren, als es vor einigen Jahren den Diskontosatz auf fünf Prozent herabsetzte und eine fünfprozentige Reichsanleihe auflegte in der Hoffnung, das Volk wieder an eine fünfprozentige Verzinsung langfristiger Kapitalanlagen gewöhnen zu können. Heute muss der Kreditnehmer für langfristige Kredite in Deutschland etwa zehn Prozent Zinsen zahlen. Aehnliche oder noch schlimmere Zinsbedingungen gelten in Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien. Wenn es auch in Italien und Westeuropa damit etwas besser steht, so sind auch in diesen Ländern die langfristigen Gelder vorläufig noch zu teuer, als dass man sich eine völlige Gesundung ihrer Wirtschaft bald versprechen dürfte.



Kreiskonferenzen

Die **Herbstkreiskonferenz des Kreises VII** (Zürich und Schaffhausen) fand am 27. Oktober 1929 im Hotel zum «Schwert» in Wald statt. Der Bachtel hatte bereits eine Schneekappe angezogen, als die zahlreich erschienenen Delegierten einrückten; es waren deren 105 aus 37 Vereinen, wozu noch 2 Vertreter der M. S. K. und eine Abgeordnete des Genossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz traten. An Stelle des durch die Verhältnisse in Basel verhinderten alt Nationalrat Dr. Schär amtete als Referent des Verbandes Herr E. O. Zellweger, Sekretär der Verwaltungskommission.

Zu Stimmenzählern werden ernannt: Mösch-Wädenswil, Gwerder-Langnau, Fröhlich-Seen, Zweifel-Rüti und Frau Hüni-Zürich.

Zu Anfang der Verhandlungen stellte Bickel-Zürich den Ordnungsantrag, auf die vorgelegte Traktandenliste nicht einzutreten und dafür Stellung zu nehmen zum Streik im A. C. V. Basel. Mit allen gegen 2 Stimmen wird aber auf dieses Ansinnen nicht eingetreten, da wir den Vorgängen noch zu nahe stehen und nicht Oel ins Feuer giessen wollen.

Das Protokoll der Frühjahrskonferenz wird genehmigt.

Ueber die Salzwagen erstattet der Aktuar Bericht: Im Kanton Zürich betreiben 41 Genossenschaften, die dem V. S. K. angeschlossen sind, den Lebensmittelhandel, hiezu kommen noch 3 Ablagen der A. K. G. Schaffhausen im Bezirk Andelfingen. Ende 1928 besassen unsere Vereine 312 Läden, in denen 131 behördlich bewilligte Salzwagen bestanden. Die Bestrebungen, den Salzhandel frei zu bekommen, führten am 7. Januar 1929 im Kantonsrate mit 85 gegen 82 Stimmen den Beschluss herbei, dass das Salzmonopol in bisheriger Form beibehalten werden solle, die Zahl der Salzverkaufsstellen aber zu vermehren sei, wobei die grossen Konsumgenossenschaften besonders zu berücksichtigen seien. Die Finanzdirektion bewilligte den Genossenschaften im laufenden Jahre 71 neue Salzwagen; 17 Gesuche sind noch unerledigt. Der Lebensmittelverein Zürich erhielt 44, der Konsumverein Winterthur 4 Salzverkaufsstellen neu und die Landschaft 23. Heute bestehen nur noch acht Vereine ohne Salzverkauf, von denen es die meisten verhältnishalber auch nicht begehren. Während zu Anfang des Jahres erst zwei Fünftel der Konsumläden Salz verkaufen durften, sind es heute zwei Drittel; dadurch ist ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Beseitigt dürfte noch die Vorschrift werden, dass für jede Salzwage ein besonderes Einkaufsbüchlein bestehen soll; das kantonale Salzamt sollte nur mit den einzelnen Vereinen verkehren und nicht mit den verschiedenen Salzverkaufsstellen. Unser letztes Ziel bleibt aber immer noch, die Freigabe des Salzhandels überhaupt herbeizuführen.

Im Kanton Schaffhausen ist die Praxis eine überaus entgegenkommende. Die A. K. G. Schaffhausen

besitzt bei 30 Ablagen 23 Salzwagen, der K. V. Stein a. Rhein bei drei deren zwei. Die Behörden gewähren jedem neuen Laden auf gestelltes Gesuch hin die Bewilligung, auch Salz führen zu können.

Ueber die Propaganda des V. S. K. und der Verbandsvereine referiert Herr Zellweger. Im Hinblick auf den Streikausbruch im A. C. V. in Basel mit seinen betrübenden Erscheinungen ist die Freudigkeit, im heutigen Augenblick über Propaganda zu reden, etwas gedämpft; aber gerade diese Vorkommnisse zeigen, wie notwendig unentwegte Aufklärung noch ist, und zwar nicht nur unter den Vereinsmitgliedern, sondern besonders auch unter dem Vereinspersonal. Der V. S. K. trägt durch seine Presse mit ihren sieben Organen den genossenschaftlichen Geist in das Volk hinaus. Ab Neujahr soll das «Gen. Volksblatt» eine illustrierte Beilage erhalten. Viel interessantes Material liegt in den genossenschaftlichen Schriften der Volksbibliothek, die durch unsere Buchhandlung vertrieben werden. Nicht nur durch die Schrift allein, sondern auch durch Wort und Bild suchen wir zu werben. In Frauenversammlungen wird zu den Käuferinnen gesprochen; lebhaften Anklang haben die Vorträge des Verbandschemikers gefunden mit seinen Demonstrationen aus der Praxis. Auch der Film ist unserer Propaganda dienstbar gemacht worden; in vielen Kinos laufen Bilder aus dem genossenschaftlichen Leben und neuerdings macht der V. S. K. einen Versuch, Filmvorführungen verbunden mit dem Vortrage heiterer Dichtungen zu verbinden.

Ein einleuchtendes Stück Anschauungsunterricht gewähren die kollektiven Besuche der Betriebe des V. S. K. durch die Verbandsvereine.

Eine wichtige Aufgabe hat das Genossenschaftliche Seminar zu erfüllen. Es hat sowohl die theoretische als auch die praktische Ausbildung unseres Verkaufspersonals von der Verkäuferin bis zum Verwalter zu besorgen und für tüchtigen, überzeugten Nachwuchs zu wirken.

Rund 600 Personen haben jährlich Gelegenheit, eine Woche lang auf Kosten des V. S. K. sich im Ferienheim in Weggis aufzuhalten. Die genossenschaftliche Propaganda enthält Seele und Gemüt, das beweist Weggis.

In der Benützung der vierten Seite des «Gen. Volksblattes» erwachsen den Vereinen viele Vorteile; je nach den Verhältnissen können auch in der lokalen Presse zweckentsprechende Mitteilungen erfolgen. Die Werbung von Person zu Person ist stets die wirkungsvollste gewesen. Eine schlichte Feier des internationalen Genossenschaftstages verfehlt seine Wirkung nicht. Nicht vergessen werden darf das Schaufenster mit der Ausstellung der «Co-op»-Produkte. Unsere Generalversammlungen, besonders eine gute Verwaltung, sollen dem Volke zeigen, wie wertvoll der genossenschaftliche Zusammenschluss ist. Alle unsere Propaganda will zeigen, dass Selbsthilfe, gegenseitige Unterstützung, Zusammenschluss gemeinsamer Interessen die Menschen nicht nur materiell, sondern auch kulturell fördern können. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wünscht Fröhlich-Seen, es sollten die Filme vorgängig den Verwaltern bekannt gemacht werden. — Schoch-Thalwil möchte den Angriffen der Gegner weniger Aufmerksamkeit schenken und seltener beantworten. — Frisch-Zürich betont die Wichtigkeit der Zollpolitik; deshalb gehören die Zollfragen ebenfalls unter die Propaganda des V. S. K. Je breiter sich der Nachbar macht, um so enger wird der Platz des anderen. Wer am wenigsten Lohn einnimmt, wird von den Zollerhöhungen am härtesten betroffen. — Bickel-Zürich kann es nicht überwinden, dass der Streik in Basel nicht in die Besprechung hinein gezogen werden darf. Er übt scharfe Kritik an der bisherigen Propaganda, die allzusehr in Phrasen macht und vom werktätigen Volk vielfach nicht verstanden wird. Der Neutralitätsstandpunkt des V. S. K. ist zu verlassen; die Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinne sollte kräftiger unterstützt werden; heute haftet der Genossenschaft eine kapitalistische Färbung an. Die bürgerlichen Parteien verhätscheln die Bauern, um ihre Mithilfe zu gewinnen, wobei der Arbeiter die Kosten zu tragen hat. — Frauchiger-Zürich wendet sich gegen die Bestrebungen, die Genossenschaften zu politisieren. Sie haben den Zweck, gute Lebensmittel zu billigen Preisen zu vermitteln; wenn sie in politischen Fragen neutral bleiben, so ist dies klug und vernünftig. Dieses Feld zu beackern, soll den Parteien überlassen sein.

Müller-Pfäffikon berichtet von den Erfahrungen, die man machen kann, wenn die Politik in die Verwaltung einzieht; Meinungsverschiedenheiten, Entfremdung, sich zurückziehen und damit eine Verminderung des Umsatzes ist die Folge. Wir sind Kaufleute und unterstehen den wirtschaftlichen Gesetzen. Nicht Verhetzen und Heruntermachen, sondern Zusammenarbeiten bringt Erfolg. Wir haben eine Sterbekasse eingeführt, stellen die Nichtmitglieder betr. Rückvergütung den Mitgliedern gleich und suchen durch Hausbelieferung entfernter wohnender Genossenschafter ihnen zu dienen. Die Zollerhöhungen sollten einmal an einer Kreiskonferenz besprochen werden.

Bickel führt aus, dass jede Anschauung ihre Berechtigung habe. Auch wir Kommunisten wollen eine tüchtige und vorsichtige Verwaltung; aber die Interessen der Arbeiterschaft sollen nicht zugunsten derjenigen des Bürgertums und des Kapitalismus geopfert werden.

Frau Egli-Zürich übermittelt den Gruss des Frauenbundes und dankt, dass der Kreisvorstand ihm das Recht eingeräumt hat, eine Delegierte des Bundes zu den Tagungen, wenn auch ohne Stimmrecht, abzuordnen. Sie erläutert die Ziele der konsumgenossenschaftlichen Frauenbewegung, die Mitarbeit aber auch Mitverantwortung bedeuten. Frau Hüni-Zürich muss feststellen, dass die Kreiskonferenzen noch immer vorwiegend Männerparlamente sind; es sollte die Zeit kommen, wo die Frauen darin die Mehrheit haben.

In seinem gehaltvollen Schlussworte betont der Referent, dass die Stosskraft der Konsumvereine und des Verbandes auch seine Grenzen hat; in Zollfragen haben wir dies unmissverständlich erfahren; deshalb wollen wir, wo eine Einigkeit unserer Mitgliedschaft nicht erzielt werden kann, dieses Gebiet den politischen Parteien überlassen. Die Tarifverträge sind in den Genossenschaften viel allgemeiner eingeführt als in der Privatwirtschaft. Der Kampf um die ökonomische Besserstellung der genossenschaftlichen Arbeiter und Angestellten findet seine Grenze in der Konkurrenzfähigkeit der Konsumvereine. Der V. S. K. will die Konsumkraft des Einzelnen heben, das Sozialkapital vermehren, gegen ausbeuterische Truste und Kartelle ankämpfen und die gesamte Volkswirtschaft fördern. Damit arbeitet er im Interesse aller Konsumentenkreise.

Ueber die zeitliche Zusammenlegung der Generalversammlungen der Zweckgenossenschaften mit den

Delegiertenversammlungen des V.S.K. referiert ebenfalls knapp und bündig Herr Zellweger. Meier-Winterthur hätte den Zusammenzug in der Form gewünscht, dass während zwei Wochen jeweils am Freitag und Samstag getagt werden könnte. Bickel-Zürich wünscht, dass die Delegiertenversammlungen mehr positive Resultate erzielen sollten. Damit dies möglich ist und auch die Unkosten kleiner werden, wäre die Abhaltung der Versammlungen an zentral gelegenen Orten erforderlich.

Mit Einmut wurde beschlossen, die nächste Frühjahrskonferenz in Langnau a. Albis abzuhalten.

Die allgemeine Umfrage wird von Bickel-Zürich benützt, der Kritik am wirtschaftlichen Wochenbericht im «Schweiz. Konsum-Verein» übt. Der Verfasser scheint ihm die russischen Verhältnisse zu wenig objektiv zu beurteilen.

Um 1 Uhr konnte der Vorsitzende die teilweise lebhaft bewegte Versammlung mit einem Dank an die Referenten und Diskussionsredner schliessen.

Während des gemeinsamen Mittagessens erfreute der Jodlerklub vom Bachtel die Teilnehmer der Kreisversammlung durch eine Reihe von Gesängen und nachher besichtigte man die zunächst gelegenen Ablagen unseres aufblühenden Vereins in Wald. Naturfreunde liessen es sich nicht nehmen, noch einen raschen Aufstieg auf die benachbarten Höhen zu machen, um sich an der Schönheit des Zürcher Oberlandes zu freuen. R. St.




Aus unserer Bewegung

Luzern. (P.-Korresp.) Sonntag, den 27. Oktober zeigten die Gebäude des zwischen Luzern und Kriens gelegenen «*Konsumhof*» Fahnenschmuck und es stand die ganze Anlage mit allen ihren Einrichtungen am Nachmittag zur freien Besichtigung offen.

25 Jahre, ein Vierteljahrhundert, sind verflossen, seit dort der erste Betrieb, das Brennmaterialiengeschäft, eröffnet worden ist. Am 1. November 1907 wurde auch die Molkerei dem Betriebe übergeben und in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten wurden weitere Neu- und Umbauten erstellt. Vor vier Jahren wurde durch Zukauf von 15,000 Quadratmeter angrenzendem Eichhofland die Liegenschaft Konsumhof vergrössert und die Möglichkeit einer Ausdehnung geschaffen. Alle diese Einrichtungen standen am 27. Oktober zur Besichtigung offen und lockten gegen tausend Interessenten nach den Anlagen am Fusse des Sonnenbergs. Was mag dort wohl nach weitern 25 Jahren zu sehen sein?

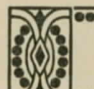
Am 31. Oktober abends hielt der Verwaltungsrat im alten Rathaus am Kornmarkt seine fünfte Sitzung im laufenden Jahre ab. Das erste Geschäft betraf den Ankauf der Liegenschaft «Alpina» in Rotenburg, in welcher seit 1924 die Filiale No. 42 befindet und die nun ab 1. Dezember um den Preis von Fr. 73,000.— in den Besitz des A. C. V. übergehen soll. Der Verwaltungsrat stimmte dem von der Verwaltungskommission abgeschlossenen Kaufe zu. Damit erhöht sich die Zahl der eigenen Liegenschaften auf 27.

Viel Zeit nahm die Beratung einer neuen *Dienst- und Gehaltsordnung für das Verkaufspersonal* in Anspruch. Die heute zu Recht bestehende Verordnung stammt aus dem Jahre 1920. Sie hat sich im grossen ganzen bewährt zeigte aber immerhin einige Mängel und Unebenheiten. Der von der Verwaltungskommission vorgelegte Entwurf einer Neuordnung weist in formeller Beziehung eine andere Stoffanordnung und eine Veränderung in der Namensbezeichnung des Ladenpersonals auf. Dieses ist nun eingeteilt in Ladenhalterinnen, Verkäuferinnen, Gehilfinnen und Lehrtöchter, während heute neben den Ladenhalterinnen noch Gehilfinnen, Ladenaushilfen, Stundengehilfinnen und Lehrtöchter genannt werden. In materieller Hinsicht bringt die neue Dienst- und Gehaltsordnung eine wesentliche Veränderung darin, dass ausser den Lehrtöchtern nun sämtliche Dienstklassen neben dem fixen Lohn auch eine kleine Umsatzprovision erhalten, während das bisher nur für die beiden ersten Kategorien Geltung hatte. Wie beim heutigen Reglement bildet auch bei der neuen Ordnung der feste Gehalt die Hauptentlöhnung und die Umsatzprovision soll nur als Stimulus wirken. Die neuen Lohnansätze weichen von den bestehenden wenig ab und bedeuten für die ersten Dienstklassen eine bescheidene Verbesserung; während beim untern Personal in vereinzelten Fällen eine kleine Reduktion eintritt. Dem heute im Dienste stehenden Personal wird aber sein bisheriger Lohnbezug garantiert, d. h. es soll durch die Neuordnung keine Lohnverkürzung eintreten. Die Mehrausgaben für die Genossenschaft wurden auf ca. Fr. 13,000.— pro Jahr berechnet. Bei den Ferien wurden die Wartefristen für den Genuss je einer weitern Woche Ferien gekürzt. Eine Woche im 2. bis 5., zwei Wochen im 6. bis 15. und drei Wochen vom 16. Dienstjahr resp. vom 40. Altersjahr an.

Die Kündigungsfrist wurde auf zwei Monate für das vom Verwaltungsrat definitiv angestellte Personal und auf einen Monat für die von der Verwaltungskommission angestellten Gehilfinnen festgesetzt. Die Arbeitszeit soll in der Regel nicht über 9½ Stunden täglich betragen, d. h. gleichviel wie bisher. Jede zweite Woche haben die drei ersten Dienstklassen einen freien Nachmittag, wie bisher. Eine vom Personal gewünschte Arbeitszeitverkürzung wurde im Hinblick auf das Fehlen einer gesetzlichen Ordnung in den Privatbetrieben im Wirkungskreis des A. C. V. abgelehnt. Auch in bezug auf einige andere Punkte blieben die Wünsche des Personals der Vorlage der Verwaltungskommission gegenüber in Minderheit.

Der Zeiger der Uhr rückte gegen 11 Uhr, als die Schlussabstimmung über die Dienstordnung erfolgen konnte. Und da bei uns Nachtsitzungen keine Sympathien geniessen, wurden die restlichen Traktanden auf eine folgende Tagung verschoben.

Die Zustimmung des Personals vorausgesetzt, wird die Neuordnung ab 1. Januar 1930, d. h. bei Beginn des 40. Geschäftsjahres des A. C. V. in Kraft treten.




SCHUH-COOP

Sitzung des Verwaltungsrates.

Sonntag, den 3. November 1929, vormittags versammelte sich der Verwaltungsrat der «Schuh-Coop» im Betriebsgebäude in Basel.

Als neue Mitglieder wurden aufgenommen: Konsumverein Aadorf und Société coop. de consommation «L'Avenir», Ste-Croix.

Die Betriebsleitung orientierte den Verwaltungsrat eingehend über die gegenwärtigen Markt- und Fabrikationsverhältnisse. Ferner wurde ein Bericht entgegengenommen über die voraussichtlichen Betriebsergebnisse auf Ende 1929. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, dass während in der Privatindustrie der Schuhbranche, in der Schweiz wie im Auslande, sich eine Krisis geltend macht und fast überall reduzierte Arbeitszeit eingeführt wurde, die

Verbandsvereine

Die
Anfertigung von
Einkaufsbüchlein bildet eine
Spezialität unserer Buchdruckerei.
Wir liefern alle Ausführungen in Stempelsystem und zum Einschreiben. / Bei Bedarf in

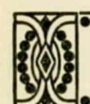
Einkaufsbüchlein

wenden Sie sich daher vertrauensvoll an die eigene Buchdruckerei. / Wir liefern aber auch alle andern Druckarbeiten innert kürzester Frist, in guter Ausführung zu üblichen Druckpreisen.

Buchdruckerei V. S. K.

«Schuh-Coop» auch für die nächsten Monate voll beschäftigt sein wird. Dank der schönen Formgebung, der guten Qualität und der mässigen Preise, finden die Eigenfabrikate «Co-op» stets vermehrten Absatz.

Die Generalversammlung des Jahres 1930 der «Schuh-Coop» wurde auf Samstag, den 15. März, 20 Uhr, im Freidorf angesetzt.




Schweizerische Volksfürsorge
Volksversicherung auf Gegenseitigkeit

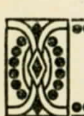
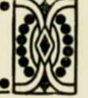
Sitzung des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Volksfürsorge versammelte sich Samstag, den 2. November 1929 unter dem Vorsitz seines Präsidenten Herrn Ch. U. Perret, Neuchâtel, im Sitzungszimmer des Genossenschaftshauses im Freidorf bei Basel.

Die von der Direktion vorgelegten neuen Tarife und Versicherungsbedingungen wurden behandelt und genehmigt und die Direktion wurde beauftragt, dieselben, sobald die erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind, in Kraft zu setzen.

Die nächste Verwaltungsratssitzung zur Behandlung von Jahresbericht und Jahresrechnung wurde auf Samstag, den 8. Februar 1930, festgesetzt und als Tag der Abhaltung der 12. ordentlichen Generalversammlung, welche den Jahresbericht und die Jahresrechnung pro 1929 zu behandeln und die Neuwahl des Verwaltungsrates, soweit derselbe durch die Generalversammlung zu ernennen ist, vorzunehmen hat, wurde Samstag, der 15. März, in Aussicht genommen. Die Generalversammlung wird in Basel stattfinden.

Durch die vor einiger Zeit erfolgte Einführung eines Volksversicherungstarifes, der beim Tod des Versicherten infolge eines **Unfalles** die Auszahlung der **doppelten Versicherungssumme** vorsieht, hat die Schweizerische Volksfürsorge ihre Tätigkeit, allerdings nur in beschränktem Masse, auf das Gebiet der Unfallversicherung erweitert. Das Eidgenössische Versicherungsamt hielt es für wünschenswert, dass die Schweizerische Volksfürsorge infolge dieser Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf den Zweig der Unfallversicherung zu der bereits vor der Betriebseröffnung erhaltenen Bewilligung zum Betrieb der Lebensversicherung beim Bundesrat noch eine zusätzliche Konzession für die Betätigung auf dem Gebiet der Unfallversicherung einhole. Der Verwaltungsrat beauftragte deshalb die Delegation und die Direktion, beim Bundesrat um eine Zusatzkonzession für den Betrieb der Unfallversicherung im Zusammenhang mit der Lebensversicherung nachzusuchen.

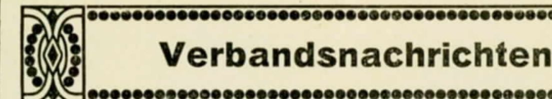



Film- und Vortrags-Zentrale
Paul Altheer, Brieffach, Hauptpost, Zürich

Die nächsten Vorträge, verbunden mit Vorlesungen heiterer Dichtungen, werden an folgenden Orten stattfinden:

Ober-Ehrendingen. Sonntag, den 10. Nov., 7 Uhr, Turnhalle. Programm: Schuhfabrik Coop. — Mühlengenossenschaft. — Der Raucher.— Schlaraffenland. — Nordlandsbilder. — Hans Huckebein.

Ormalingen. Donnerstag, den 14. November, 8 Uhr, Schulsaal. Programm: Der Weg eines jungen Mannes. — Der Raucher. — Schlaraffenland.




Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 5. November 1929.

Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jæggi) sind folgende Ueberweisungen gemacht worden:

Konsumverein Liestal	Fr. 250.—
Konsumverein Aarau	» 100.—

Diese Zuwendungen werden anmit bestens verdankt.



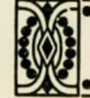
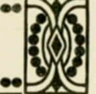

Mitteilungen der Redaktion

Eine Bitte an die Abonnenten:

Trotz erhöhter Auflage der Nummer *44* des «Schweiz. Konsum-Verein» vom 2. November 1929 ist unser Vorrat bereits schon vollständig vergriffen.

Da diese Nummer auch heute noch täglich von Interessenten nachverlangt wird, so bitten wir diejenigen Abonnenten, die den «Schweiz. Konsum-Verein» *nicht* aufbewahren, resp. nicht einbinden, uns, wenn möglich, die fragliche Nummer 44 als Drucksache, an die Administration V. S. K. in Basel, zukommen zu lassen.

Gewiss ist der eine oder andere der Abonnenten in der Lage, unserer Bitte zu entsprechen, wir danken für das Entgegenkommen zum voraus bestens.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Selbständiger **Bäcker-Konditor** sucht Konsumstelle. Reflektiert wenn möglich auf Dauerstelle. Eintritt nach Uebereinkunft. Zeugnisse zu Diensten. Offerten erbeten an Werner Reber, Rue de l'Avenir 3, Delsberg.

Junger, strebsamer **Kaufmann,** 23jährig, mit guten Sprachkenntnissen (deutsch und französisch in Wort und Schrift, gute Vorkenntnisse in englisch) vertraut mit allen vorkommenden Arbeiten in Bureau, Laden und Magazin, sowie 2½-jähriger Reisepraxis, sucht zwecks Veränderung passende Stelle in Konsum. Zeugnisse und Referenzen stehen zu Diensten. Offerten unter Chiffre E. B. 186 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Für 16jährige Tochter (Welschschweizerin) wird **Lehrstelle** in Konsumgenossenschaft gesucht, um sich auch in der deutschen Sprache zu vervollkommnen. Eintritt sofort. Offerten erbeten unter Chiffre J. C. 187 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junges, tüchtiges **Ehepaar,** das schon fünf Jahre lang eigene Bäckerei-Konditorei mit Spezereihandlung mit bestem Erfolg betrieben hat, sucht Existenz als **Depothalter** event. mit Bäckereibetrieb, oder der Mann Stelle als selbst. Bäcker in solchem Betrieb. Kaution kann geleistet werden. Offerten sind zu richten unter Chiffre W. N. 189 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 7. November 1929.

Buchdruckerei des Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel